

zitro



**KOMMUNALPOLITIK
AUSGABE 2 / 2018**

**GRÜNE
JUGEND**
Baden-Württemberg

Zeitschrift der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg
<https://www.gjbw.de/>



Foto von Jochen Detscher aus Stuttgart

Liebe Freund*innen,

Die Kommunalwahlen stehen vor der Tür und wir sind schon mittendrin in unserer #THINKGLOBALACTLOCAL – Kampagne, mit der wir junge Leute ermutigen wollen, auf grünen Listen für ein kommunales Amt zu kandidieren. Bestimmt kennt Ihr unsere Postkarten und Plakate schon oder habt die Videos mit den junggrünen Stadträtinnen und Stadträten auf unseren Social Media Kanälen gesehen. Vielleicht wart ihr sogar kürzlich in Freiburg und Stuttgart auf unseren #THINKGLOBALACTLOCAL Konferenzen für junge Politik und habt Euch mit knapp 100 weiteren jungen Leute über die junge Perspektive auf Politik ausgetauscht. Mithilfe von Impulsvorträgen, Workshops, Keynotes und Pitches haben wir uns dort mit jungen Politiker*innen aus Landes- und Kommunalparlamenten über ihr Engagement ausgetauscht, hatten Initiativen zu Gast und haben uns einfach mal so richtig begeistern lassen für junge Politik. Gerade in diesen Zeiten, in denen das Märchen der politikfernen jungen Leute ständig weiter gefüttert wird, war das ein un-

geheuer ermutigendes und motivierendes Zeichen und wir danken Euch ganz herzlich für Eure rege Teilnahme.

Engagiert Euch, denn Kommunalpolitik geht Euch was an!

Der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, ist allem voran das Ehrenamt. Der uneigennützte Dienst an der Gemeinschaft, sei es im Sport- oder Musikverein, in der Geflüchtetenhilfe, beim Organisieren eines Musikfestivals oder bei der freiwilligen Feuerwehr. Dieses bürgerschaftliche Engagement ist auch die Basis unserer kommunalen Demokratie, denn auch all die Gemeinde-, Kreis-, Ortschafts- und Stadträtinnen und -räte sind Teil dieses ehrenamtlichen Engagements vor Ort. Sie werden direkt vom Volk gewählt, sind ausschließlich dem Wohle ihrer Stadt und ihrer Gemeinde verpflichtet und haben vielfältigste Aufgaben zu bewältigen. Kommunalpolitik entscheidet über die ganze Fülle der Daseinsvorsorge, angefangen vom Thema Wohnen, über den Umweltschutz, die Kinderbetreuung und die Ausstattung der Schulen, das kulturelle und sportliche Freizeitangebot, die ganze Bandbreite der Sozialpolitik, aber auch den Nahverkehr, die Energieversorgung, den Breitbandausbau, die Abfallwirtschaft und so weiter und so fort. Diese Vielfalt an Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten macht die Kommunalpolitik einzigartig und außergewöhnlich und betrifft dadurch aber eben auch wirklich jede und jeden von uns. Das macht es auch so wichtig, die ganze Bandbreite der Gesellschaft in den Kommunalparlamenten abzubilden. Doch wir wissen, dass wir da noch lange nicht am Ziel sind. Kommunalpolitik wird vielerorts noch viel zu wenig von Frauen, jungen Menschen oder Menschen mit internationalen Wurzeln gestaltet. Und das wollen wir GRÜNEN und insbesondere wir als GRÜNE JUGEND bei den Kommunalwahlen im Mai ändern. Nutzt also diese Gelegenheit, kandidiert, engagiert Euch, bringt Euch ein und vor allem: habt auch Spaß dabei! Mehr Spannendes zum Thema Kommunalpolitik könnt Ihr in der vorliegenden Zitro lesen!

Marcel Roth und Lena Christin Schwellung

Deine Zitro in neuem Gewand!



Kritik? Feedback? Lobeshymnen? Einfach her damit!

Schreib doch einfach eine Mail an uns unter zitro@gjbw.de

Liebe Igel*innen,

Jetzt ist schon wieder einige Zeit vergangen, seit die letzte Zitro erschienen ist. Diesmal haben wir es nicht geschafft, sie rechtzeitig zur LMV in Druck zu geben. Dafür erscheint diese Ausgabe in einem neuen, noch stacheligeren Design und mit ganz besonders vielen gehaltvollen Texten.

Das Halbjahresthema dieser Ausgaben ist Kommunalpolitik. Los geht es mit dem Leitartikel zum Thema von Anna Deparnay-Grünenberg. Außerdem berichten verschiedene Menschen, auf welche Beteiligungshürden sie im kommunalpolitischen Alltag stoßen und wie sie damit umgehen. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Thema Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene. Neben der aktuellen Situation in Baden-Württemberg werden Modelle aus verschiedenen Städten vorgestellt. Darüber hinaus findet ihr in diesem Heft viele weitere spannende Artikel zu verschiedenen Themen, die den Verband in den letzten Monaten beschäftigt haben. Unser Sprecher Marcel bilanziert zur Halbzeit, wie sich unsere Mutterpartei in der grün-schwarzen Koalition schlägt. Susanne Bay berichtet aus dem Landtag über die Wohnpolitik der Landesregierung. Der Arzt von der Lifeline erzählt, wie die Handlungsfähigkeit der Seenotrettungsmissionen immer weiter eingeschränkt wird. Außerdem berichten auch in dieser Ausgabe wieder mehrere Ortsgruppen von ihren Aktionen vor Ort.

Wir hoffen, dass euch die neue Zitro gefällt und möchten uns bei allen bedanken, die fleißig Artikel geschrieben haben. Ohne euch wäre diese Ausgabe nicht möglich geworden!

Wir wünschen euch allen viel Spaß beim Lesen!
Bleibt stachelig, eure Zitro-Redaktion

Anabel, Bettina, Julian, Nelson und Veronika

Folg uns doch, verdammt nochmal!

 /Gjbawue

 /gjbw

 /gruenejugendbw

gjbw.de

Inhalt.

Dicke Bretter bohren, gehört zur Kommunalpolitik dazu.

von Anna

Interview mit Zoe Mayer

Der persönliche Blick

von Ibrahim

Think Global & Act Local.

von Philipp

Interview mit Sebastian Dierig

von Veronika

Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg

von Sebastian

06 Kinder- und Jugendbeteiligung

von Patrick, Jesko & Semir

08 Einfach erklärt

von Clara

11 Was denken eigentlich unsere Mitglieder

von Bettina

12 OB-Wahl in Freiburg

von Julian

14 Zweieinhalb Jahre Schwarz-Grün

von Marcel

16 So wollen wir wohnen und bauen.

von Susanne

18

21

22

24

25

27

Rechtsruck. Wo bleibt die Vielfalt?

von Alex

Pro & Kontra: Gentechnik

von Ela und Madita

Tod im zentralen Mittelmeer

von Anonym

Allgemeine Dienstpflicht

von Clarissa

Jugend und Parlament 2018

von Hannes

Ortsgruppenberichte

aus Heidelberg, Mannheim und Konstanz

30

32

34

36

38

39

„Wir gehen gemeinsam in eine neue Welt hinein“

von Karl

Landesmitgliederversammlung

von Nele

Zeitraffer

42

44

46

Dicke Bretter bohren, gehört zur Kommunal- politik dazu.

KOMMUNALPOLITIK IST LEBENSNAH
UND MANCHMAL MÜSSIG!



Anna Deparnay-Grunenberg ist eine deutsch-französische Grüne, in Berlin geboren, in Frankreich aufgewachsen. Sie hat Forst- und Umweltwissenschaften in Freiburg und Vancouver studiert und ist seit 2008 kommunalpolitisch engagiert, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Stadtrat Stuttgart seit 4 Jahren, verheiratet und Mutter von 3 Teens. Sie hat sich im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Tiefenökologie mit AbenteuerWandel selbstständig gemacht. Ihre Themen sind ökologische Transformation der Wirtschaft (Gemeinwohlorientierung), Klima- und Artenschutz, Bürgerbeteiligung, Innovation, Europa und die Kommune. Sie kandidiert im November 2018 für die Europa-Liste von B90 / DIE GRÜNEN.

Engagiert Euch vor Ort“, „Gestaltet euer Lebensumfeld mit!“, fordern wir Politiker von Jugendlichen und jungen Menschen. Doch wie läuft es tatsächlich ab, wenn ich mich im Jugendrat engagiere oder als Stadtrat oder Stadträtin gewählt bin? Wird dann, wenn ich mich nur genug anstrengende, im Handumdrehen zum Beispiel eine klimaschonende Mobilität in meiner Stadt durchgesetzt?

Eine Szene aus dem Bezirksbeirat: Nach einer Stunde „Formalien“ besprechen darf nun das beratend wirkende Gremium doch abstimmen, ob eine bestimmte Vorlage dringend ist oder nicht! Es wurde die Gemeindeordnung zitiert, für und gegen den Dringlichkeitstatbestand argumentiert. Im lichten Publikum wird mit den Augen gerollt. Auch ich weiß kurz nicht mehr, welche Vorlage eigentlich gemeint war. Später werde ich erfahren, dass die Fraktionen im Gemeinderat sich bereits entschieden haben und ich merke, wie eng der Gestaltungsspielraum eines Bezirksbeirates doch ist. Dies zu erkennen und nicht an der falschen Stelle unnötig Energie zu verpulvern, gehört sicherlich zu den schwierigsten Erfahrungen eines jeden politisch engagierten Menschen.

Szenenwechsel: Sitzung des Unterausschusses Essensversorgung. Durchbruch beim Thema Bio-Essen in Stuttgarter Schulen. Mehrheitlich wurde beschlossen, dass es dort künftig 25 Prozent Bio-Essen gibt (Wegen was nochmal? Ach ja, für mehr ökologische Landwirtschaft, regionale Produkte, weniger Abgase beim Transport, gegen Bienen sterben, weniger Gift im Grundwasser und auf den Tellern der Kinder!). Doch dann muss man sich im Ausschuss von anderen StadträtInnen anhören:

„Bio schmeckt den Kindern doch nicht. Die mögen doch am liebsten Pommes!“

Als ob man Pommes nicht auch aus Bio-Kartoffeln machen könnte! Dann erfährt man noch, dass ein sehr engagierter Bio-Caterer sich nicht mehr bei der Stadt bewerben wird, weil er die neuen Vorgaben mit seinen Lieferstrukturen anscheinend nicht umsetzen kann. Da fragt man sich, wie es sein kann, dass man trotz Mehrheitsbeschluss im Rat weiterhin für die Umsetzung eines Projektes kämpfen muss.

Als Kommunalpolitiker*in steht man nicht allein. Man ist Teil einer Fraktion in der heiß diskutiert und auch demokratisch hart entschieden wird. Dann sollte man in der Lage sein die Mehrheitsmeinung der Fraktion auch nach außen vertreten zu können. Das ist zugegebenermaßen nicht immer einfach. Vor allem, wenn der Mehrheitsbeschluss nicht der eigenen Meinung entspricht und man fraktionsintern genau andersherum argumentiert hat.

Als Kommunalpolitikerin ist frau auch Aufsichtsrätin. Dabei treten manchmal auch gewaltige Interessenkonflikte auf. Expansion der Landesmesse, Vergrößerung des Flughafens, erforderliche neue Parkplätze, Gefahr für den Filderboden und Wirtschaftskraft der Region Stuttgart. Wegen des Aufsichtsratesgesetztes darf man dem Unternehmen nicht schaden. Als Grüne arbeite ich aber gleichzeitig daran, meine MitbürgerInnen zu be-

wegen weniger zu fliegen. Paradox!

Und dann ist man natürlich auch noch Parteimitglied. Wir müssen gegenüber dem Ortsverband, dem Kreisverband und manchmal sogar der Landespartei Rechenschaft ablegen. Zum Beispiel beim Thema Luftreinhaltung oder den drohenden Fahrverboten. Manchmal wird aber auf verschiedenen Ebenen etwas anderes erwartet. Da ist Fingerspitzengefühl gefragt und manchmal auch ein Spagat erforderlich!

Zum Schluss darf man auch noch Vertreterin im Städtetag sein, um beispielsweise eine Resolution zur Flüchtlingsaufnahme über die Stadtgrenzen hinaus bekannt zu machen und für sie zu werben oder im Rat der Gemeinden und Regionen Europas gegenüber des Regionalausschusses des europäischen Parlaments.

Klar ist, dass man auch in einigen sehr spezifischen Fachthemen tief drin ist. In diesen Bereichen nimmt man sich dann auch Konkretes vor und verfolgt Ziele für seine Stadt. Vielleicht bei den Themen nachhaltige Mobilität und Klimaschutz. Da recherchiert man erst, was der Status Quo ist, was bereits beantragt wurde, was funktioniert hat oder nicht. Und man lotet aus, an welchen Stellen es noch einen Mentalitätswechsel oder gar neue Bundes- oder Landesregelungen geben muss. Man holt sich natürlich auch Inspiration in anderen Kommunen. In thematischen Städtenetzwerken kann man sich eben von „Best-Practice-Beispielen“ inspirieren lassen. Deshalb habe ich mich dafür stark gemacht, dass die Stadt Stuttgart im Netzwerk Euro-Cities Mitglied wird, bei „Cities für mobility“ oder bei „assises de la transition énergétique“ mitmacht. Sie sind riesige Fundorte für Best-Prac-

tice-Beispiele. Bei der „assises de la transition énergétique“ referiere ich im Namen Stuttgarts z. B. über #Divestment und ethische Geldanlagen, oder über das nachahmenswerte Contracting, welches wir als Grüne Fraktion in unserer Stadt angestoßen haben. Wiederum lerne ich selber viel über Herangehensweisen anderer Städte. Zum Beispiel über die sehr gut funktionierende Wohnungspolitik der Stadt Wien oder wie in Kopenhagen oder Paris der konsequente Radwege-Ausbau gelingt.

Kommunaltik ist der große Strauß an Themen: vom Prostitutionsschutzgesetz über Angelegenheiten des Job-Centers, die Frage wie wir die Frühkindliche Bildung und die Kinderbetreuung verbessern und den Beruf der*s Erzieher*in attraktiver gestaltet werden kann, bis hin zur Gemeinwohl-Bilanzierung städtischer Unternehmen, wo wir in Stuttgart eine Vorreiterrolle einnehmen. Bei der Vielzahl der Themenfelder ist es manchmal schwierig, den Fokus auf den eigenen Projekten zu behalten. Die Verwaltung produziert am laufenden Band Bebauungspläne und Vorlagen, die unter Umständen das Gesicht der Stadt verändern oder wertvolle, soziale oder künstlerische Großprojekte betreffen und die Entwicklungen einer Stadt nachhaltig verändern können. Da muss man ständig auf der Höhe der Zeit, bestens informiert und im Gespräch mit den BürgerInnen bleiben, um dann gute Entscheidungen für die Stadt und ihre Menschen zu treffen. Große Themen wie beispielsweise das Operninterim, die Verzögerungen bei S21 oder anstehende Fahrverbote aufgrund von Luftreinhaltung schlagen immer wieder hohe Wellen und die BürgerInnen wollen natürlich gehört und eingebunden werden. Langweilig kannst Du aus deinem Vokabular streichen, wenn du dich für die Lokalpolitik entscheidest!

Und man lernt jeden Tag dazu. Man wird offener, demütiger und lernt seine Stadt mit all ihren Facetten und ihrer Vielfalt an Biographien ganz anders kennen und schätzen! Und tatsächlich entdeckt man peu à peu die Gestaltungsspielräume. Das macht Spaß und verändert Stück für Stück das Gesicht Deiner Stadt – wie zum Beispiel mein Einsatz für den Erhalt des „Hotel Silber“. Das Gebäude prägt heute das ganze DOQU-Quartier wesentlich mit.

Eigentlich sollte Jede und Jeder mal Bezirksbeirat, Jugendrat oder Stadträt*in in seinem Leben gewesen sein. Es fühlt sich nämlich wie Allgemeinbildung an.

Interview

ZOE MAYER, 23 ERZÄHLT VON IHRER ARBEIT IM KARLSRUHER GEMEINDERAT UND IHREN ERFAHRUNGEN ALS JUNGE FRAU IN DER KOMMUNALPOLITIK.



Zoe

Zoe ist 23 Jahre alt, Studentin des Wirtschaftsingenieurwesens im Master und Stadträtin in Karlsruhe seit 2014.



Karlsruhe ist mit 310.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Baden-Württembergs.

Hallo Zoe! Erzähl uns zum Anfang erstmal, wie es kam, dass du in den Gemeinderat gekommen bist? Warum hast du dich dafür entschieden?

In den Gemeinderat in Karlsruhe bin ich schon relativ früh gekommen, als ich 18 war. Weil das passive und aktive Wahlrecht bekommt man ja auch erst mit 18. Und wie das passiert ist, war auch eher eine Aneinanderreihung von Zufall und guten Gelegenheiten. Ich bin schon bei den Grünen und der Grünen Jugend aktiv, seit ich 14 bin. Als die Gemeinderatswahlen vor 4 Jahren stattfanden, hat das sehr gut in meinen Zeitplan gepasst. Ich war gerade mit der Schule fertig und ich wusste, ich würde die nächsten 5 Jahre in Karlsruhe bleiben. Also war das eine tolle Gelegenheit! Es wurden Frauen für die Liste gesucht und ich hatte sowieso Lust, politisch noch aktiver zu werden und ein bisschen mehr als nur Parteiarbeit zu machen. Die Arbeit im Gemeinderat ist einfach toll. Man kann auch als junger Mensch schon sehr viel machen, es ist kein Vollzeitjob. So habe ich mich dann entschieden, für die Liste zu kandidieren, was gut geklappt hat. Ich war auf einem relativ aussichtsreichen Listenplatz.

Wie sieht der typische Arbeitsalltag aus? Wie kann man sich den Job des Gemeinderates/der Gemeinderätin vorstellen?

Karlsruhe ist die zweitgrößte Stadt Baden-Württembergs mit knapp 300.000 Einwohnern. In einem großen Gemeinderat gibt es viel zu tun, es ist fast wie ein Halbtagsjob. Einmal in der Woche ist Fraktionssitzung, in Karlsruhe montags. Von 18 bis 22 Uhr werden aktuelle Themen und Anfragen besprochen und wie man sich im Gemeinderat verhält. Einmal im Monat ist dienstags Gemeinderatssitzung mit Beginn um 15:30 Uhr, bis alles besprochen wurde. Das kann dann auch mal bis 11 Uhr abends dauern. Die Struktur des Gemeinderates ist ähnlich wie im Bundes- oder Landtag mit Ausschüssen, die sich mit bestimmten Themen beschäftigen. Ich bin meinen Interessen entsprechend im Ausschuss Umwelt und Gesundheit. Ausschüsse treffen sich je nach Bedarf einmal im Monat oder halbjährlich. Oft werden Gemeinderäte von bürgerschaftlichen Organisationen oder der eigenen Partei eingeladen. Die Arbeitsbelastung schwankt von Woche zu Woche.

Habt ihr an Kommunalpolitik interessierte junge Menschen, die zu euch in die Sitzungen kommen?

Die Fraktionssitzungen sind nicht-öffentlich. In den Gemeinderatssitzungen ist es theoretisch möglich, zuzuschauen, aber es gibt nicht viele junge Menschen, die sich die Gemeinderatssitzungen anschauen. Allgemein ist die Verbindung von jungen Menschen und dem Gemeinderat relativ schwach. Kommunalpolitik spiegelt nicht den Lebensalltag vieler junger Menschen wieder, die nur für Schule oder Studium in der Stadt sind und danach planen, weiterzuziehen. Viele Themen sind sehr trocken und nicht besonders anschaulich. Auch in der Schule lernt man nicht so viel darüber, wie ein Gemeinderat funktioniert.

Was reizt dich persönlich daran, im Gemeinderat aktiv zu sein? Und nicht zum Beispiel in einer NGO oder einem Sportverein?

Das eine schließt ja das andere nicht aus. Der Gemeinderat ist perfekt, wenn man aktiv Politik machen will, auch nebenbei oder im Zusammenhang mit anderen Engagements. Du kannst direkt die Konsequenzen deiner Entscheidungen mitverfolgen, du gestaltest deine Stadt – nicht durch Gesetze, wie sie Land-

„Ich kann jedem, der sich dafür interessiert, sehr empfehlen, das kommunalpolitische Engagement auszuprobieren.“

und Bundestag erlassen- sondern durch Verordnungen und Bauungspläne. Auf kommunaler Ebene sind die Entscheidungen konkreter und werden schneller umgesetzt.

Gibt es konkrete positive Veränderungen, die dich bestärkt haben und die du als Erfolgs-erlebnisse siehst?

Ich habe persönlich sehr von der Arbeit im Gemeinderat profitiert, wir konnten aber auch in der Grünen Fraktion einiges erreichen. Ich habe viel gelernt während meines Engagements, insbesondere über den Umgang mit Menschen, wenn man mit so vielen verschiedenen Parteien zusammenarbeiten muss. Man bekommt neue Sichtweisen für verschiedene Meinungen und ich kann viele Standpunkte besser verstehen. ➡

Der persönliche Blick:

AUF DIE HÜRDEN FÜR MENSCHEN
MIT MIGRATIONSHINTERGRUND
IN DER KOMMUNALPOLITIK.

Als ich die Anfrage bekommen habe, ob ich einen Artikel in der Zitro für die oben genannte Thematik schreiben möchte, war ich gerade am hadern mit mir ob ich überhaupt noch kommunalpolitisch aktiv sein möchte und wieder für den nächsten Gemeinderat in Freiburg kandidiere. Um ehrlich zu sein, musste ich stark in mich gehen und habe meine Meinung aufzuhören revidiert.

Es wäre gelogen, wenn Menschen wie mich die aktuelle Entwicklung der politischen Landschaft nicht beunruhigen würde. Ich denke, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund sich die gleichen Fragen stellen müssen – ob sie nun schon länger politisch aktiv sind oder neu aktiv werden: Das Gefühl fortwährend erklären zu müssen, dass man Teil unseres Wertesystems ist, macht sicher niemanden glücklich. Ich sehe es als selbstverständlich an durch mein kommunalpolitisches Engagement in meiner Wahlheimat durchzuführen um unter anderem meine „Liebe“ zu den Menschen dieser Stadt zu zeigen, sehe ich als selbstverständlich an. Es ist sicher menschlich für jeden Politiker menschlich zu hinterfragen, ob diese Selbstverständlichkeit bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern ankommt. Es ist allerdings in unserer vielfältigen Welt nicht tragbar, wenn das Thema Migrationshintergrund bei der Auswahl von Ausschlusskriterien, egal in welchem Bereich, zum Vordergrund wird. Daher sollten wir uns als Gesellschaft hinterfragen warum es größere Hürden gibt, wenn man Ibrahim, Despina oder Giuseppe heißt. Das ist doch ein absoluter Widerspruch unseres Gedankens der freiheitlich-demokratischen Werteordnung, da sich dadurch betroffene Menschen unsichtbare Hürden aufbauen. Das bewirkt, dass sich dann (leider) viele Menschen wieder abwenden und die Herausforderung als zu groß empfinden. Solche Gefühle bringen uns nicht weiter, da wir vor allem in unserem Bereich – in dem wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt maßgeblich gestalten – auf Empathie bezüglich der Überwindung bzw. Egalisierung von solchen Hürden angewiesen sind.

Politik darf kein Bereich sein, in dem wir über Hürden sprechen. Politik muss ein Bereich sein, in dem wir über die Menschen, für die Menschen und mit den Menschen sprechen. Dieses Gefühl ist nicht nur bei vielen Menschen nicht nur mit Migrationshinter-

grund nicht gegeben, da viele das Gefühl haben, dass wir nicht mit, sondern über sie sprechen. Sicher wird es Menschen geben, die nun behaupten werden, dass schon sehr viel in diesem Bereich getan wird. Das Gefühl der Zugehörigkeit kann man jedoch nicht nur mit irgendwelchen Programmen, sondern mit direkter Begegnung auf Augenhöhe schaffen. Nicht von Migrant zur Mehrheitsgesellschaft, sondern von Nachbar zu Nachbar, Kollege zu Kollege, Mitmensch zu Mitmensch.

Nach Einkehr in meine innere Welt habe ich daher entschieden trotz der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, die Menschen wie mich besonders betreffen, wieder zu kandidieren. Vor allem die Tatsache, dass wir die Partei sind, welche mit seiner Philosophie und Geschichte die besten Voraussetzungen hat, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, hat mich wieder bekräftigt. Gleichzeitig wollte ich den auch mir gesetzten Erwartungen gerecht werden, da für zugewanderte Menschen „Vorbilder“ eine wichtige Rolle spielen, um stärker „anzukommen“. Solche Politikerinnen und Politiker wie ich müssen trotz Widrigkeiten dafür sorgen, die Brücke zwischen Mehrheitsgesellschaft und Zugewanderten zu schlagen. Nur mit gemeinsamer Kraft wird diese Brücke standfest sein. Dafür müssen wir alle sorgen. Das sind wir unserer Vergangenheit sowie unserer Zukunft schuldig. ¶



Ibrahim

Einer von sehr vielen
Zugewanderten in unserer
Partei und langjähriger
Stadtrat der Stadt Freiburg.

Es fällt mir leichter, mich in andere Menschen hineinzusetzen und auch in der Arbeit in der Fraktion, in der Zusammenarbeit in einer Gruppe, habe ich persönlich profitiert. Politische Initiativen gibt es viele. Es sind immer kleine Erfolge, wie zum Beispiel ein erfolgreicher Haushaltsantrag zu einem Thema, das dir sehr wichtig ist. Ein sehr schönes Projekt finde ich beispielsweise: in Karlsruhe sollte ursprünglich eine Elefantenzucht entstehen, die aber sehr umstritten war. Weil wenn die Elefanten erstmal groß sind, braucht man nicht mehr so viele von ihnen. Deswegen haben wir Grünen uns lange dagegen gewehrt. Und jetzt haben wir tatsächlich ein Tierschutzprojekt daraus gemacht. Das Karlsruher Elefantenhaus ist sozusagen ein Altersheim für Elefanten geworden, das alte Zirkuselefanten aufnimmt, anstatt mehr junge aufzuziehen, die nicht gebraucht werden, was auch aus der Tierschutzperspektive sehr fragwürdig ist.

Siehst du im Gemeinderat Hürden im Engagement für junge Menschen? Dass es schwierig für junge Menschen ist, in die Gemeinderatsarbeit hineinzu-

kommen?

Die Arbeit ist wirklich sehr zeitaufwendig. Wenn man das mal eben neben dem Studium für 4 bis 5 Jahre durchzieht, dann muss man das auch wirklich wollen. Im Nachhinein sehe ich auch, dass ich nicht alles immer ideal ausgestaltet habe. Eventuell hätte ich manchmal etwas im Studium zurückschrauben sollen oder mir überlegen sollen, wie ich es zeitlich besser zusammenkriege. Es geht schon an die Substanz, wenn man das zeitlich länger macht. Da sollte man sich auch als junger Mensch sehr gut überlegen: Wie passt das in mein Lebenskonzept, wieviel Zeit habe ich übrig, wie groß ist auch der Gemeinderat? In Großstädten fällt tendenziell mehr Arbeit an, als in kleineren Städten. Das ist die größte Hürde. Was ich wirklich nicht sehe, dass man als junger Mensch anderen in der Kompetenz in irgendwas nachsteht. Ich habe als junge Frau keine schlechten Erfahrungen damit gemacht, dass mich ältere Menschen nicht ernstnehmen. Wenn man gut vorbereitet ist, dann wird man auch ernst genommen.

Gibt es etwas, das du jungen Menschen auf den Weg geben willst, die überlegen, sich kommunalpolitisch zu engagieren?

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir mehr junge Menschen in der Kommunalpolitik hätten. Die Kommunalpolitik ist nicht sehr jung, es sind viele Rentner, vor allem Männer, dabei. Meiner Meinung nach profitiert ein Gremium wie der Gemeinderat enorm von der Perspektive junger Menschen. Gerade die Themen im Gemeinderat sind meistens nicht so komplex und man kann sich auch ohne Erfahrung schnell einarbeiten. Ich kann jedem, der sich dafür interessiert, sehr empfehlen, das kommunalpolitische Engagement auszuprobieren.

Vielen Dank für das Interview! ¶

Think Global & Act Local

STADT IST, WAS WIR DRAUS MACHEN!

Du kennst das: Deine Ortsgruppe sitzt abends mal wieder zusammen. Du regst dich auf, dass in deiner Stadt seit Jahren nichts passiert. Ihr seid euch einig, dass endlich ein Ruck durch das Kaff gehen muss. Dann ist jetzt deine Zeit gekommen: Misch dich ein!

Die Stadt ist unser Lebensmittelpunkt. Vieles, was unser Leben positiv oder negativ beeinflusst, wird von deinem Gemeinderat gestaltet: Von der Stadtentwicklung, über die Wohnraumversorgung, von der Kitaversorgung bis zum Jugendhaus, vom Nahverkehr bis zum Vereinssport, vom Kulturangebot bis zur Kitaversorgung. Ohne den Gemeinderat geht nichts. Er entscheidet unmittelbar, wohin das Geld fließt, und wo die Prioritäten liegen.

Die Kommune ist gleichzeitig der Ort, wo sich die großen Fragen der Menschheit entscheiden: Gelingt die grundlegende Wende hin zur Klimaneutralität oder schmilzt im Sommer der Asphalt? Erhalten wir unsere Natur, oder hinterlassen wir kommenden

Generationen tote Betonwüste? Wollen wir eine Wegwerfgesellschaft sein, oder eine Stadt, die sich der Nachhaltigkeit verpflichtet sieht? Was ist kommunale Daseinsvorsorge, und wo überlassen wir die Entwicklung dem Markt?

Gerade in der Wohnraumversorgung öffnet sich durch politische Untätigkeit ein riesiges Spannungsfeld, das vor allem junge Menschen betrifft. Die Mieten explodieren, und insbesondere Studierende finden in den Städten kaum noch ein Dach über dem Kopf. Unsere Landespartei hat nun vorgeschlagen, dass Städte über einen Bodenfonds wieder leichter selbst Mietwohnungen errichten und sozial bewirtschaften können. Eine wichtige Hilfestellung, die dafür sorgt, dass neuer bezahlbarer Wohnraum entsteht und umweltschonend gebaut wird.

Auch sind die Kommunen unmittelbar für die Schulgebäude und Sportanlagen zuständig: Ist dir noch ganz lebendig in Erinnerung, dass es in deiner Schule von der Decke tropft und der Wind durch

geschlossene Fenster pfeift? Ganz egal, ob die Erinnerung schon zwei Jahre alt oder erst von gestern ist: Der Gemeinderat beschließt, ob die Decke noch ein weiteres Jahr tropfen kann oder schon in ein paar Wochen die Handwerker anrücken.

Leider fehlen oft Stimmen im Gemeinderat, die die Interessen unserer Generation vertreten. Der Altersschnitt liegt jenseits der 50+, und meistens bestimmen Männer wo es lang geht. Wie wichtig junge Stimmen in der Kommunalpolitik sind, merke ich oft selbst: Ich sitze im Bezirksbeirat Stuttgart-Süd und meinen geschätzten Kolleg*innen fehlt oft das Interesse, aber auch die Ahnung von Zukunftsthemen wie Digitalisierung oder nachhaltiger Mobilität. Oft sitzen die Bürgervertreter mangels Nachwuchs schon seit Jahrzehnten in den Gremien. Frischer Wind? Neue Ideen? Visionen? Fehlanzeige.

“Des ham ‘mer immer scho so g’macht.”

Selbes Spiel beim Thema Nahverkehr: In den ländlicheren Gebieten wird über den öffentlichen Nahverkehr oft von Menschen bestimmt, die nur zu Einweihungsfahrten in einen Bus steigen und ansonsten das Gaspedal durchdrücken. So existiert meist nur ein Schülerverkehr plus, und kein bedarfsdeckendes und barrierefreies Nahverkehrsangebot. Gerade in den Abend- und Nachtstunden gibt es häufig noch keine Möglichkeit ohne Auto von A nach B zu kommen. So kann die ökologische Verkehrswende nicht gelingen.

Die Arbeit in der Kommunalpolitik hat mein Leben unglaublich bereichert. Jeden Tag lerne ich Neues und erweitere meinen Ho-

rizont. Manches ist relevant, vieles aber auch völlig belanglos: Ein “Rotläufer” ist nämlich niemand, der schnell mal rot anläuft. Nein! Ein “Rotläufer” ist eine Person, die bei rot über die Ampel läuft, erklärte letztens der Revierleiter der Polizei. Vor allem aber habe ich durch mein Amt unglaublich viele Menschen kennengelernt, die meine Stadt voranbringen: Im Verein, der Verwaltung, in einer Bürgerinitiative oder als Aktivist*in. Zum Beispiel arbeite ich eng mit Radverkehrs-Aktivist*innen zusammen, die nun ein Bürgerbegehren auf den Weg bringen, um meine Stadt zu einer fahrradfreundlichen Kommune zu machen. All deren Engagement läuft letztlich im Rathaus zusammen, wo die Entscheidungen fallen. Ich bin dankbar, dass ich diese engagierten Menschen durch mein Amt kennengelernt habe und heute nur noch selten in die Stadtbahn steigen kann, ohne spontan auf ein bekanntes Gesicht zu treffen.

Ich möchte euch motivieren: Kommunalpolitik ist unglaublich wichtig und macht vor allem Spaß! Nutzt die Chance und lasst euch aufstellen für eure Gemeinderatswahl. Oder gründet eine eigene Liste. Der örtliche Wahlleiter im Rathaus berät euch dabei gerne. Wer die Welt retten will, muss in der eigenen Stadt anfangen: Think global – act local! 🌱



Philipp Buchholz (23) engagiert sich seit zwei Jahren als Bezirksbeirat in Stuttgart-Süd in der Kommunalpolitik.

Philipp



Interview

MIT DEM BEHINDERTENBEAUFTRAGTEN
SEBASTIAN DIERIG.

Foto: unsplash.com / David Pissnoy

Wie der typische Arbeitsalltag eines Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung abläuft, was die Motivationen für dieses Ehrenamt sind, welche Beteiligungshürden es für Menschen mit Behinderung in der Kommunalpolitik geben kann und vieles mehr erzählt uns der Behindertenbeauftragte Sebastian Dierig (28) der Stadt Überlingen im Interview.

Wie wurden Sie Behindertenbeauftragter und wie lange sind Sie schon in diesem Amt?

Ich bin im Februar 2017 gewählt worden. Mein Vertrag geht nächstes Jahr im November zu Ende. Wie ich Behindertenbeauftragter wurde, ist eine etwas längere Geschichte. Es gibt hier in Überlingen jedes Jahr ein Ethikforum vom Ethikbeirat. 2016 ging es um das Thema Inklusion. An dieser Veranstaltung nahm ich dann auch teil. Am Ende gab es noch eine Fragerunde, und da kam dann das Thema auf, dass man hier in Überlingen einen Behindertenbeauftragten bräuchte. Ich selber hatte auch gleich den Impuls, das machen zu wollen, ich war mir dann aber erstmal etwas unsicher. Ich habe dann nochmal darüber nachgedacht und dachte dann, warum eigentlich nicht. Pfingsten 2016 wurde vom Gemeinderat das Ehrenamt des Behindertenbeauftragten eingeführt. Anschließend gab es dann eine Bewerbungsphase, in der ich mich bewarb. Ich habe mich gegen drei andere Mitbewerber durchgesetzt. Das Amt des Behindertenbeauftragten wurde anschließend in einer Gemeinderatssitzung öffentlich gewählt. Dort haben wir uns alle vorgestellt.

Wie sieht bei Ihnen ein typischer Arbeitstag aus und was sind Ihre Aufgaben?

Ich arbeite normal bei meinem Vater im Büro. Und mein

Ehrenamt mache ich praktisch nebenher. Meistens verwende ich den Montag und den Dienstag dafür. Vormittags mache ich meistens Telefonate. Und nachmittags habe ich dann Termine. Ich gehe zum Beispiel zu Terminen von Ausschüssen. Einmal im Monat gebe ich eine Sprechstunde, die immer am zweiten Dienstag im Monat ist. Diese Sprechstunde ist immer drei Stunden lang und die Leute haben in dieser Zeit die Möglichkeit, mit ihren Anliegen zu mir zu kommen.

Wieviel Zeit nimmt Ihr Ehrenamt ein?

Ich werde für sechzehn Stunden bezahlt, das ist durch eine Satzung von der Stadt Überlingen festgelegt. Ich glaube aber, dass es meistens schon mehr als sechzehn Stunden sind.

Was ist Ihre Motivation für Ihr Engagement?

Ich selber bin ein Mensch mit Behinderung, deshalb ist mir Souveränität und Selbstständigkeit bzw. Selbstvertretung wichtig. Dass die Menschen mit Behinderung ihre Interessen selber vertreten können, ist mir daher ein großes Anliegen. Ich habe ein breites Spektrum an Behinderungen. Ich kann zum Teil schlechter sehen und zum Teil schlechter hören, habe dies auch in Bezug auf die Knochen und den Kreislauf. Ich kann zum Beispiel nicht so lange laufen. Und durch dieses breite Spektrum kann ich Dinge von verschiedenen Behinderungsarten nachvollziehen.

Was ist Ihnen bei Ihrer Arbeit besonders wichtig?

Mir ist es wichtig, dass es den Menschen mit Behinderung nachher besser geht als vorher. Außerdem soll bei Menschen mit Behinderung das Selbstbewusstsein gestärkt und bei Menschen ohne Behinderung das Bewusstsein für die Menschen mit Behinderung gestärkt werden.

Was sind Ihrer Meinung nach die größten Hürden zur Beteiligung von Menschen mit Behinderung in der Kommunalpolitik?

Hier in Überlingen ist unser Rathaus nicht barrierefrei. Menschen mit Gehbehinderung können so nicht an einer Gemeinderatssitzung teilnehmen. Außerdem ist es manchmal schwierig, Menschen, die komplexe Dinge nicht so gut verstehen können, die Kommunalpolitik näher zu bringen. Um so etwas zu vermitteln, muss man viel Arbeit reinstecken.

Was sind Strategien, um diese Beteiligungshürden zu überwinden?

Es ist wichtig, Barrieren abzubauen. Außerdem sollte sich ein Kommunalpolitiker auch die Zeit nehmen, mit den Leuten zu reden, auch wenn das nicht immer so einfach ist. Aber wenn man sich darauf einlässt, glaube ich, dass man mit den Leuten gut in Kontakt treten kann. Und um Sachverhalte verständlich darzulegen, sollten Texte in einfache Sprache übersetzt werden. Es wäre auch Hilfe von Assistenten wichtig. Außerdem weiß häufig die Verwaltung nicht, wie sie mit Menschen mit Behinderung umgehen kann. Hier sind Fortbildungen sehr wichtig.

Wie arbeiten Sie gegen diese Hindernisse?

Ich schaue, dass ich Initiativen gestartet bekomme, damit diese eben genannten Strategien umgesetzt werden können. Diese Strategien sind in Überlingen noch ziemlich unterrepräsentiert. Das liegt zum Beispiel daran, dass man hier (in Überlingen) mit dem Geld haushalten muss. Deswegen ist es schwierig, da einen großen Aufwand zu betreiben. Baumaßnahmen kann man noch am ehesten durchsetzen. Leichte Sprache gibt es aber noch zu wenig.

Welche Veränderungen konnten Sie durch Ihr Engagement schon bewirken?

Ich konnte jetzt bei ein paar Baumaßnahmen der Stadt mitwirken. Es wird jetzt zum Beispiel gerade die neue Sporthalle gebaut und da bin ich immer wieder mit Leuten in Kontakt, die mich zu Rate ziehen. Die BGÜ (Baugenossenschaft Überlingen) baut momentan ein neues Areal und bevor da der Bauantrag gestellt wurde, wurde ich von den Architekten um Rat gefragt. Denn da müssen barrierefreie Wohnungen geplant werden. Und dann haben wir uns zusammengesetzt. Außerdem haben wir dieses Jahr das erste Kind mit Behinderung in der Ferienbetreuung von der Stadt. Ein blinder Junge sollte dort angemeldet werden. Und das Kind wurde eben abgelehnt. Und dann haben wir uns überlegt, wie wir das umsetzen können. Und dann haben wir gesagt, dass wir auf jeden Fall eine Aufsichtsperson für dieses Kind brauchen.

Was für Hürden erleben Sie in Ihrem Engagement?

Manchmal bekomme ich Dinge zu spät mit. Im Allgemeinen muss man immer wieder zäh dranbleiben, damit was gemacht wird. Aber sonst trete ich eigentlich immer offene Türen ein. Das Thema Inklusion ist ein sehr dankbares Thema. Zum anderen kann auch der Zeitfaktor eine große Hürde sein. Ich hätte gerne mehr Zeit, weil die Zeit, die ich mir jetzt nehmen kann, ist um zu reagieren, aber weniger um Initiativen zu starten und um selber Initiative zu zeigen. Eben weil ich wie alle einen Beruf ausübe und dieser natürlich auch vorgeht.

Können Sie eine persönliche Erfahrung teilen, wie Sie selbst auf eine Beteiligungshürde gestoßen sind?

Eigentlich nicht, im Gegenteil. Aber ich glaube, wenn ich auf Hürden gestoßen bin, ist es bei Leuten, die nicht einsichtig waren (die Betroffenen). Das sind manchmal alte Menschen, die dann eine Behinderung haben und die sich dann an mich wenden mit einem Anliegen, das dann auch gar nicht unbedingt was mit der Stadt zu tun hat. Und wenn ich dann bestimmte Lösungen vorschlage, die möglich sind, dann kann es passieren, dass die Leute mit keiner der Lösungen zufrieden sind.

Vielen Dank für das Interview!

Das Gespräch führte Veronika Düker. ☺

Sebastian Dierig ist seit dem 24. Februar 2017 Behindertenbeauftragter der Stadt Überlingen.



Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg.

Foto: unsplash.com / Beteiligung an demokratischen Prozessen fängt in Baden-Württemberg im Idealfall schon im Kindergarten an.

Zu Beginn ein kleines Gedankenexperiment: stellt euch vor, Straßenverkehr ist gefährlich. Damit „den Kindern“ nichts passiert, nehmen die Eltern sie vom Gartentor bis zum Ziel an die Hand und führen sie auf allen ihren Wegen. In der 10. Klasse wird dann mal theoretisch über Straßenverkehr gesprochen. Mit dem 18. Geburtstag dürfen diese jungen Menschen, die sich noch nie auf öffentlichen Straßen alleine bewegt haben, sofort Autofahren. Absurd, oder?

Das war lange die Haltung zum Mitreden. Bis 18 hatten junge Menschen die Schnauze zu halten, die Eltern, Lehrpersonen und Jugendarbeiter*innen würden ihre Interessen schon kennen und überhaupt seien sie ja sowieso nicht reif genug, selbst zu entscheiden. Plötzlich mit 18 durften sie dann wählen und sollten sich politisch engagieren.

Grundlegende Einstellungen zur Demokratie werden bereits im Kindergartenalter gelegt.

Glücklicherweise hat sich diese Einstellung gewandelt. Die Mehrheit der Pädagogen geht inzwischen davon aus, dass Beteiligung bereits mit dem Kindergarten einsetzen sollte, um Missbrauch vorzubeugen, aber auch um die Herausforderungen einer immer vielfältigeren Gesellschaft zu bewältigen. Aus der Forschung wissen wir, dass die grundlegenden Einstellungen zur Demokratie bereits im Kindergartenalter gelegt werden. Gerade im Feld der Jugendbeteiligung müssen wir aufpassen, dass wir nicht mutwillig Beteiligung und Engagement verwechseln. Beides ist gut, aber unterschiedlich.

Beteiligung bedeutet ein Handeln, das darauf abzielt die politischen Verhältnisse zu verändern. Ein gutes Beispiel wäre die

Teilnahme an einer Wahl, Demo, Bürgerversammlung, das Schreiben eines Briefs an Politiker oder ähnliches.

Engagement bedeutet ohne Entlohnung sich für eine Sache einzusetzen. Etwa indem ich den Kindern meines Nachbarn kostenlos Nachhilfe gebe, Mitglied bei Greenpeace bin oder im Sommer den Baum vorm Haus gieße. Dadurch wird zwar einiges im Umfeld besser, aber grundsätzlich verändern sich die Zustände eben nicht. Das Engagement wirkt ja geradezu systemstabilisierend.

Beteiligung in der Kita? Wird dann abgestimmt, ob es heute Spaghetti oder Schokolade gibt? Was erst mal abwegig klingt, hat einen sinnvollen Hintergrund: Die Kinder lernen sich zuzuhören, gemeinsam Regeln festzulegen, aufeinander einzugehen. Die Aufgabe der Erwachsenen ist es dabei, festzulegen über was die Beteiligung erfolgt und Rahmen und Verfahren zu moderieren. Wem dies alles seltsam vorkommt, der möge einfach „Demokratische Kita“ googeln. Inzwischen schreibt das SGB 8 auch für jede Kita ein Beteiligungs- und Beschwerdekonzzept vor und Fachverbände wie die Caritas haben umfangreiche Handreichungen und eigene Kitademokratie-Förderstellen.

Beteiligung in der Schule? Ist zunächst im Schulgesetz geregelt. Dieses sieht seit der Änderung 2015 eine Drittelparität von jeweils Eltern, Schüler*innen und Lehrpersonen vor. Der Beteiligungsalltag wird in den Schulen sehr unterschiedlich gelebt. Während es einzelne Schulen, die mit vorbildlichen Konzepten wie Klassenrat und Schulversammlung auf sich aufmerksam machen, oder das Schulprojekt AULA gibt (<http://aula-blog.website/was-ist-aula/>), ist an vielen Schulen Beteiligung eher ein Feigenblatt, das sich auf die Randbereiche des Schulbetriebes wie Feste und Ausflüge bestimmt.

§41a Gemeindeordnung

Beteiligung in der Gemeinde? Baden-Württemberg hat dank der Änderungen der Grün-Roten Koalition 2015 den weitestgehenden Jugendbeteiligungsparagraphen in der Gemeindeordnung. Der Paragraph 41a der Gemeindeordnung erklärt:

„Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen.“

Wobei soll als muss zu verstehen ist, wenn es keine Gründe gibt, die dem Beteiligen im Wege stehen. Darüber regelt er die Möglichkeit der Jugendlichen, durch Unterschriftensammlung mit eher wenigen Unterschriften die Einrichtung eines Jugendgemeinderates durchzusetzen.

Sie räumt den Kindern und Jugendlichen sogar eine Klagemöglichkeit gegen versäumte Beteiligung ein – leider hat von diesem Recht bisher noch kein Jugendlicher Gebrauch gemacht, wäre es doch spannend zu sehen, wie ein Verwaltungsgericht entscheiden würde, wenn ein Kind (mithilfe der Eltern) gegen den Bau eines Spielplatzes klagt, an dem es nicht beteiligt wurde.

Dabei ist der **klassische Jugendgemeinderat** nicht das einzige Format, Jugendliche zu beteiligen. Mit klassisch meine ich: durch eine Wahlhandlung werden Kandidaten in ein Gremium gewählt und dann arbeitet dieses Gremium vergleichbar dem Gemeinderat. Während der Vorteil hier eine gewisse Legitimation durch Wahlen und beständige Beteiligung sowie die Verwaltungsnähe ist, stehen dem als Nachteil häufig eine geringe Wahlbeteiligung und ein Vorsprung für Mittelschichtkandidaten entgegen, auch wenn dies etwa im Prozessdesign durch Wahlen an Schulen während der Schulzeit, gesetzte Plätze für Behinderte und ähnliches minimiert werden kann.

In einigen Städten gibt es als Modell den sogenannten **8er Rat**, in ihm werden alle jungen Menschen aus der 8. Klasse zusammen genommen und arbeiten gemeinsam während und nach der Schule an Beteiligungsprojekten, die von Paten aus Verwaltung und Gesellschaft begleitet werden. Dies hat den Vorteil, dass alle Jugendlichen sich einbringen können und durch Paten auch die Umsetzung der Ideen oder zumindest ein Aufgreifen gewährleistet ist. Auch sehen junge Menschen, dass Politik nicht alleine im Fordern besteht, sondern dass bis zur Umsetzung weitere Schritte und Hürden überwunden werden müssen. Darüber hinaus gibt es auch immer die Möglichkeit der **vorhabenbezogenen Beteiligung**. Für die Gestaltung des neuen Spielplatzes in der Stadt ist nicht erst die Wahl eines Gremiums von Nöten. Häufig verlaufen diese Beteiligungen so: Die jungen Menschen aus

dem Viertel werden angesprochen – durch Aushänge, Flyer, aber auch direkt –, eine für alle offene Planungswerkstatt mit jungen Menschen, Planern und Pädagogen erarbeitet Vorschläge, diese werden dann von den Planern in einen oder mehrere fertige Pläne umgesetzt und nochmal diskutiert. Dadurch gewinnt der neue Platz an Akzeptanz und häufig auch an Spielqualität.

Grundsätzliches: Es kommt immer auf das Prozessdesign an. Wer Beteiligungsprojekte plant, der muss sich darüber im Klaren sein, dass durch die Entscheidungen für Zeiten, Formate, Ansprache, Ort, usw. er oder sie bestimmte Gruppen anspricht und andere eben nicht. Für den genannten Spielplatz wären das eben Spielplatznutzende und nicht die schon etwas älteren Skatenden.

„Es gibt nicht das Rezept für immer und überall gelingende Beteiligung.“

Dabei gibt es nicht das Rezept für immer und überall gelingende Beteiligung, sondern Verwaltung, Politiker und auch junge engagierte Menschen müssen vor Ort suchen, was klappt und sich dabei bewusst sein, dass Formate auch scheitern dürfen. Deutschland wurde ja auch erst im dritten Anlauf eine Demokratie.

Und dass Formate, die früher mal gut funktioniert haben, bei einer neuen Generation Jugendlicher, also etwa nach zwei bis drei Jahren, wieder überdacht werden sollten.

Inzwischen gibt es auch keinen Unterschied mehr zwischen offline und online: Die Lebenswelten der meisten jungen Menschen integrieren beides. Auch bei Beteiligung macht es keinen Sinn, zwischen beiden einen Unterschied aufzumachen. Über beide Wege lassen sich Menschen erreichen, diskutieren und Meinungen austauschen. Beide Wege sind wichtig und haben ihre spezifischen Eigenschaften. Denn Beteiligung braucht immer einen Methodenmix und den Mut die eigenen Rechte einzufordern und damit Machtverlust für Erwachsene zuzulassen.

Zu guter Letzt dürfen wir besonders Jugend- und Kinder-Beteiligung nicht mit Erwartungen überfrachten. So wenig wie eine Dienstpflicht für junge Menschen strukturelle Probleme bei Pflege, Rettungsdienst oder Personalmangel der Bundeswehr lösen kann, so wenig kann etwas Beteiligung die strukturellen Probleme der repräsentativen Demokratie oder die Unterfinanzierung des Schwimmbades lösen. ¶

Sebastian Müller war Stadtrat für Junges Freiburg / Die Grünen, Initiator einer landesweiten Unterschriftensammlung für verbindliche Kinder- und Jugendbeteiligung und hat über Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg publiziert. Er moderiert gelegentlich Beteiligungsveranstaltungen.



Kinder- und Jugendbeteiligung.

Auf den folgenden Seiten stellen wir euch verschiedene Formen von Jugendbeteiligung vor, wie sie in Städten in Baden-Württemberg praktiziert wird. Sie erfüllen verschiedene Zwecke, sprechen verschiedene Gruppen von Jugendlichen an und haben ihre eigenen Vor- und Nachteile. Aber macht euch selbst ein Bild!

FREIBURG.

8er-Rat

Der 8er-Rat ist ein Jugendbeteiligungsprojekt des Jugendbüros in Freiburg, bei dem drei Freiburger Schulklassen für ein Jahr an kommunalpolitischen Projekten arbeiten. Bei der Projektarbeit wird darauf geachtet, dass eine Durchmischung der Schüler über die Schulart hinaus stattfindet. Deswegen werden für das kommende Schuljahr wieder eine Werkrealschule, eine Realschule und ein Gymnasium beim 8er-Rat teilnehmen. Die Projekte und Forderungen, die in der einjährigen Projektzeit beim 8er-Rat entstehen und erarbeitet werden, sind sehr vielseitig. Zum Beispiel gab es dieses Jahr eine Projektgruppe, die sich für einen späteren Schulstart eingesetzt hat und eine andere, die sich für freies W-Lan in Freiburger Bussen und Bahnen engagiert hat.

Besonders imponiert hat mir dieses Jahr das Engagement der Schüler*innen, die sich für eine Trampolinhalle eingesetzt haben. Die Achtklässler dieser Projektgruppe haben dabei probiert, eine Immobilie für die Trampolinhalle ausfindig zu machen, haben eine Petition mit 500 Unterschriften organisiert und haben sich mit dem Betriebsleiter einer Jump-Town-Trampolinhalle aus Augsburg getroffen um ihre Vision einer Freiburger Trampolinhalle in die Tat umzusetzen. Die weiteren Projektgruppen haben sich dieses Jahr um die Themen wie bedingte Handynutzung im Unterricht, Umwelt und Natur und Basketballplätze gedreht. Das Jugendbüro ist während der Projektzeit immer sehr darum bemüht, dass die Schüler*innen in Kontakt mit kommunalen Ent-



Jesko Treiber, Mitglied der Grünen Jugend und erster Vorsitzender des Schülerrats Freiburg e.V.

scheidungsträgern und Initiativen in Berührung kommen. Deswegen veranstaltet das Jugendbüro jeweils zwei Konferenzen, zu denen es zusätzlich Stadträte, Vertreter aus der Verwaltung und Vertreter des Freiburger Schülerrats einlädt. Ziel ist, dass die Projekte und Forderungen, die während der Projektzeit entstehen, auch auf politischer Ebene umgesetzt werden.

Meiner Meinung nach ist der 8er-Rat in seiner Konzeption und Durchführung ein super Projekt, da Schüler dadurch in Kontakt mit Kommunalpolitik kommen und gleichzeitig durch ihre Projekte hautnah mitbekommen, dass sie mit ihrem Engagement etwas verändern können. Zudem finde ich es toll, dass durch die Konzeption des 8er-Rats nicht immer nur diejenigen, die sich sowieso schon neben der Schule politisch engagieren, Projekte erarbeiten, sondern wirklich alle Schüler der teilnehmenden Klassen. ¶

STUTTGART

Eine Selbstdarstellung von Semir Duman, Sprecher des Stuttgarter Jugendrats

Wenn ich mich mit anderen Jugendlichen darüber unterhalte, wie diese sich politisch engagieren können, sagen mir viele, sie wüssten nicht wie genau sie sich einbringen sollen. Der Stuttgarter Jugendrat bzw. Jugend(gemeinde)räte allgemein bieten hier, wie ich finde, eine gute Lösung. Wir ermöglichen Jugendlichen, sich kommunalpolitisch zu engagieren, eigene Ziele anzusprechen und durchzusetzen und die politischen Strukturen besser kennenzulernen. Doch wie machen wir das? Und kann ein Jugend(gemeinde)rat auch etwas erreichen?

Schauen wir uns doch mal die Struktur des Stuttgarter Jugendrats an.

In jedem Stadtbezirk kann sich ein Jugendlicher alle 2 Jahre zur Wahl aufstellen lassen. Wählen und gewählt werden können Jugendliche zwischen 14 und einschließlich 18 Jahren. So kann jeder Jugendliche sich direkt in seinem Stadtbezirk, also direkt vor der eigenen Haustür für Verbesserungen engagieren oder Events planen. Jeder Bezirksjugendrat verfügt über ein eigenes Budget, welches momentan 4200€ pro Jahr beträgt.

Für größere Themen, die die gesamte Stadt betreffen, gibt es ein eigenes Gremium, welches aus Vertretern aus den jeweiligen Stadtbezirken besteht. Hier geht es vor allem um Themen wie Bus&Bahn, Schulausstattungen oder die Sicherheitslage in der Stadt. Unterstützt werden die Jugendräte durch Mitarbeiter der Stadtverwaltung, sowie von Jugendhäusern und weiteren gemeinnützigen Einrichtungen.

Doch was haben wir bis jetzt auch wirklich erreicht?

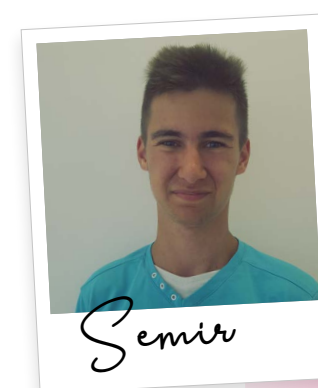
Im Bereich des ÖPNV haben wir das Schüler-Abo so verbessert, dass Schüler nun zu gleichem Preis im gesamten Stuttgarter Verkehrsverbund fahren können, statt wie zuvor nur in einzelnen Zonen. Außerdem konnte die Ausweitung des Nachtbusangebots erreicht werden. Der Jugendrat Stuttgart hat zudem Aufenthaltsorte für Jugendliche, wie das „Café 13“ in Stuttgart-Weilimdorf oder die „Chill-Fläche“ in Stuttgart-West initiiert.

Die Einrichtung von kostenlosen Skate- und Sportflächen sowie legaler Graffitiflächen ist bei uns auch von großer Wichtigkeit. Aus diesem Grund gibt es in Stuttgart kostenlose Calisthenics-Parks, in denen jeder rund um die Uhr kostenlos Sport machen kann, eine Skate-Halle und viele Skateplätze im gesamten Stadtgebiet. Außerdem gibt es die „Hall of Fame“, welche aus mehreren großen legalen Graffiti-Flächen besteht und wohin jeder kommen kann und seine Graffiti-Künste ausleben darf.

Doch auch der Jugendrat Stuttgart steht vor weiteren unerfüllten Herausforderungen.

Beispielsweise sind noch nicht alle Bus&Bahn-Tarife jugendfreundlich und in vielen Teilen der Stadt mangelt es noch an Aufenthaltsflächen für Jugendliche. Auch im Bereich Fahrradverkehr muss Stuttgart noch weiter aufholen. Dies sind alles Dinge, mit denen sich der Jugendrat beschäftigen muss, damit Stuttgart weiterhin eine attraktive Stadt für Jugendliche bleibt.

Doch eines ist sicher: Mitglied eines Jugend(gemeinde)rats zu sein, bringt einen selbst und die Menschen in der eigenen Umgebung weiter! Also heißt es: Anpacken statt zuschauen! ¶



Semir Duman, Sprecher des Stuttgarter Jugendrats.

Seit 2013 gibt es mittlerweile nun das aktuelle Kinder- und Jugendbeteiligungsmodell in Mannheim. Es besteht aus fünf Säulen, die ich in diesem Artikel vorstellen möchte. Diese sind: das Kinder- und Jugendbüro 68DEINS!, die Stadtteilversammlungen, der Kindergipfel, der Jugendgipfel und der Jugendbeirat.

Kinder- und Jugendbüro 68DEINS!

Die Beteiligungsformate werden von einem eigens dafür eingerichteten Kinder- und Jugendbüro mit dem Namen „68DEINS!“ betreut. Ihre Aufgabe ist es, die verschiedenen Beteiligungsformate zu betreuen und Kinder und Jugendliche zu motivieren, die Beteiligungsangebote wahrzunehmen.

Stadtteilversammlungen

Bei den Stadtteilversammlungen sprechen Kinder und Jugendliche aus einem Stadtteil mit Politiker*innen aus dem Gemeinde- und Bezirksbeirat und weiteren Akteur*innen ihres Stadtteils über ihre Forderungen für den Stadtteil. Im Vorfeld dazu kommen die Mitarbeiter*innen von 68DEINS! an Schulen, in Jugendhäuser und Vereine im Stadtteil und bereiten die Stadtteilversammlung gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen vor. Es finden sieben Stadtteilversammlungen pro Jahr statt, sodass bei 17 Stadtteilen jeder alle 2 bis 3 Jahre dran ist.

Kinder- und Jugendgipfel

Auf dem Kindergipfel können alle jungen Mannheimer*innen zwischen 6 und 13 Jahren ihre stadtweiten Anliegen und Ideen mit Mannheimer Stadt- und Bezirksbeirat*innen diskutieren. Beim Jugendgipfel passiert dasselbe, nur eben für Menschen zwischen 14 und 26 Jahren. Beide finden alle vier Jahre so statt, dass alle 2 Jahre entweder ein Kinder- oder ein Jugendgipfel stattfindet.

Jugendbeirat

Im Jugendbeirat sind Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Stadtschülerrat (Zusammenschluss der SMVen aus allen weiterführenden Schulen), dem Stadtjugendring (Zusammenschluss der Jugendverbände in Mannheim), aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit und aus den Jugendparteiorganisationen vertreten. Jede dieser vier Gruppen entsendet vier Haupt- und vier Ersatzdelegierte in den Jugendbeirat. Ursprünglich war der Jugendbeirat dazu gedacht, lediglich die Einführung des Kinder- und Jugendbeteiligungsmodells kritisch zu begleiten. Doch mittlerweile macht der Jugendbeirat weit mehr als das und hat sich zu einer Jugendvertretung entwickelt und ist zum Sprachrohr der Anliegen von Kindern und Jugendlichen in Mannheim geworden. Er kommt einmal im Monat zusammen, um über wichtige Themen in der Politik zu diskutieren und Entscheidungen zu Gunsten von Kindern und Jugendlichen in Mannheim zu treffen. Zu diesem Zweck werden im Jugendbeirat verschiedenen Arbeitsgruppen gebildet, die sich unterschiedlichen Themen widmen. Mehr zum Jugendbeirat findet ihr auf jugendbeirat-mannheim.de

Kritik am Mannheimer Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung

Das Mannheimer Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung wurde als Kompromiss eingeführt, nachdem mehrmals die Einführung eines Jugendgemeinderates an den politischen Mehrheiten scheiterte. Es macht einiges richtig, so sind z.B. die Stadtteilversammlungen ein gutes Instrument, um niedrigschwellig Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen anzusprechen und zu beteiligen. Gleichzeitig merkt man aber an vielen Stellen, dass noch einige Luft nach oben ist. Mit der Zeit hat sich der Jugendbeirat zu einer Jugendvertretung entwickelt, die den Anspruch hat, die Anliegen aller Kinder und Jugendlichen zu vertreten. Dazu fehlt bislang die Einstufung als Jugendvertretung nach § 41 a Gemeindeordnung Baden-Württemberg, der dem Jugendbeirat Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht geben würde. Diese Rechte hat der Jugendbeirat bislang nämlich noch nicht. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Zusammensetzung des Jugendbeirats. Bislang wird er nicht direkt gewählt, sondern aus den Reihen der bereits Aktiven in den vier Gruppen auf unterschiedliche Art und Weise bestimmt. Dadurch sind die Delegierten meist Menschen, die schon in ihren jeweiligen Organisationen aktiv sind und auch dort schon stark eingebunden sind. Zudem fehlt ihm dadurch auch eine gewisse Legitimität, für alle Kinder und Jugendlichen sprechen zu können. Insgesamt lässt sich sagen, dass sich seit der Einführung des Mannheimer Modells vieles in die richtige Richtung entwickelt hat. Aus einem beobachtenden Jugendbeirat ist eine Jugendvertretung geworden – hoffentlich auch bald mit allen dazugehörigen Rechten. Ohne den langjährigen Einsatz der GJ im Jugendbeirat wären wir sicherlich noch nicht so weit. Deshalb bleibt dran und setzt euch vor Ort für mehr echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein! ¶



Patrick wohnt in Mannheim, war 4 1/2 Jahre im Vorstand der GJ Mannheim und im Landesvorstand der GJBW. Jetzt ist er Mitglied der Internationalen Koordination der Grünen Jugend und Mitglied des Strategic Planning Committee der Federation of Young European Greens. Er streitet gerne für Europa, Digitalisierung, Tierrechte und Klimaschutz.

Patrick



Einfach erklärt

DIE KOMMUNALWAHL IN BADEN-WÜRTTEMBERG

ZAHLEN & FAKTEN

- Der **26.05.2019** ist der Wahltermin für die Gemeinderatswahl 2019!
- **16** Jahre alt musst Du sein, um wählen zu dürfen!
- **3** Monate musst du schon in deiner Stadt gemeldet sein, um dort auch wählen zu können!
- Alle Unionsbürger sind ebenso wie alle Deutschen wahlberechtigt.
- **18** vollendete Lebensjahre sind nötig, um wählbar zu sein.
- **60** Mitglieder hat der Stuttgarter Gemeinderat- und damit jeder Stuttgarter Wähler 60 Stimmen.

VOR DER WAHL

- Ihr erhaltet Eure Wahlbescheinigung inklusive aller möglichen Wählerlisten. Jede*r Wähler*in darf am Ende nur einen dieser vielen Stimmzettel abgeben- wählt also den aus, bei dem ihr die meisten Übereinstimmungen habt. Falls gar nichts passt, liegt auch immer ein leerer Stimmzettel dabei, den ihr völlig frei zusammenstellen könnt!
- Ihr habt so viele Stimmen, wie Mandate in eurer Stadt / Gemeinde vergeben werden (also so viele Stimmen wie später Gemeinderäte im Rathaus sitzen werden).
- minimal 8 Stimmen für Städte mit höchstens 1.000 Einwohnern
- maximal 60 Stimmen für Städte mit mehr als 400.000 Einwohnern (nur Stuttgart)

KUMULIEREN & PANASCHIEREN

Ganz simpel

- Für alle, die es sich ganz einfach machen wollen: Ihr müsst euch nur eine der möglichen Wählerlisten aussuchen und könnt diese dann unverändert abgeben.
- Dann erhalten alle Bewerber des Stimmzettels eine Stimme.

Kumulieren

- bedeutet Häufen. Es geht also um Stimmenhäufung. Bis zu 3 Stimmen pro Person dürfen vergeben werden
- VORSICHT! Die Gesamtzahl Eurer Stimmen darf auf keinen Fall überschritten werden! Zählt lieber zweimal nach. Wenn ihr mehr Kreuze setzt, als ihr Stimmen habt, wird Euer Stimmzettel ungültig.

Panaschieren

- bedeutet Mischen. Jede*r Wähler*in hat die Möglichkeit, einzelne Namen von anderem Stimmzetteln auf den ausgewählten Stimmzettel zu übertragen (z.B. B90/Grüne als „Stamm“-Wahlzettel, 3 Kandidaten des Stimmzettels der SPD auf die freien Zeilen unten ergänzen).



Bettina ist im Redaktionsteam der Zitro. Sie studiert Entwicklungsökonomie in Schweden und ist dort auch bei der Grünen Jugend Schweden aktiv. Ihr liegen insbesondere der Kampf gegen den Klimawandel, feministische Themen und das Nachdenken über alternative Wirtschaftssysteme am Herzen.



Was denken eigentlich unsere Mitglieder?

THEMA KOMMUNALPOLITIK

Um herauszufinden, wie die Mitglieder der GJBW über das Thema Kommunalpolitik denken, wie es um das kommunale Engagement in der GJ bestellt ist und welche Themen oben auf der Agenda stehen müssen, hat die Zitro-Redaktion eine kurze Umfrage gestartet. Unten seht ihr die Ergebnisse der Befragung. Insgesamt haben 35 Mitglieder teilgenommen, die Auswahl der Teilnehmer*innen ist nicht repräsentativ. Trotzdem geben die Ergebnisse einen guten Über-

blick, wie unsere Mitglieder zur Kommunalpolitik stehen. 43% der Teilnehmenden finden den Stellenwert, den die Kommunalpolitik in der GJBW eingeräumt bekommt, genau richtig, während 9% meinen, das Thema gehe völlig unter. 34% sind dagegen der Meinung, dass der Fokus manchmal noch stärker darauf liegen sollte, aber 14% finden das Thema zu stark priorisiert und hätten sich ein anderes Halbjahresthema gewünscht. 49% der an der Umfrage Teilnehmenden engagieren sich schon leidenschaftlich auf kommunalpolitischer Ebene, während 31% sich noch nicht bereit dazu fühlen. Die restlichen 20% finden das Engagement generell wichtig, können sich das aber persönlich nicht vorstellen. Bemerkenswerterweise findet keine*r der Teilnehmer*innen das Thema Kommunalpolitik uninteressant. Wichtigstes Thema in der Kommunalpolitik ist für die Teilnehmenden Verkehr und Mobilität (37%), gefolgt von Green City (26%) und Wohnungspolitik (17%). Für weniger wichtig werden die Themen Inklusion und Integration (11%) und Kultur/Subkultur/Freizeit (9%) gehalten. ¶

KÖNNTEST DU DIR VORSTELLEN, KOMMUNALPOLITISCH AKTIV ZU WERDEN?

Da bin ich schon längst leidenschaftlich dabei.

49%

Ich finde es gut, dass sich andere engagieren. Aber für mich wäre das nichts.

20%

Ich sammle lieber noch ein bisschen Erfahrung innerhalb der GJ, bevor ich mich in die reale Welt traue.

31%

WELCHES THEMA IST DIR IN DER KOMMUNALPOLITIK AM WICHTIGSTEN?

Green City

26%

Inklusion und Integration

11%

Wohnungspolitik

17%

Kultur/Subkultur/Freizeit

9%

Verkehr und Mobilität

37%

FINDEST DU, DASS DEM THEMA KOMMUNALPOLITIK IN DER GJBW EIN AUSREICHENDER STELLENWERT EINGERÄUMT WIRD?

Das Thema geht völlig unter.

9%

Ja, genau richtig so.

43%

Nein, viel zu viel. Ich hätte mir ein anderes Halbjahresthema gewünscht.

14%

Manchmal könnte der Fokus noch stärker darauf liegen.

34%

OB-Wahl in Freiburg.

WAS DIE GRÜNEN AUS DER NIEDERLAGE IN FREIBURG LERNEN UND IN ZUKÜNFTIGEN WAHLKÄMPFEN BESSER MACHEN KÖNNEN.

Zu Beginn des Jahres durfte ich ein 3 ½ – monatiges Praktikum im OB-Wahlkampf in Freiburg machen – dass am Ende der Grüne Amtsinhaber Dieter Salomon abgewählt worden ist, ist hinlänglich bekannt. Sowohl für die Grünen als auch die Grüne Jugend Freiburg war dies ein echter Schock, da wir uns gerade nach dem 1. Wahlgang in der Hoffnung, dass er seine ökologische und liberale Politik für die Stadt Freiburg fortsetzen kann, sehr aktiv im Wahlkampf eingebracht haben.

Jedoch muss man in einer Demokratie auch mit Niederlagen umgehen können und sollte bereit sein, aus ihnen zu lernen. So gibt es unabhängig von der konkreten Situation in Freiburg, meiner Auffassung nach, einige Punkte, die die Grünen – gerade auch die Grünen in Baden-Württemberg – aus dieser OB-Wahl lernen können. Zum einen ist da die Erkenntnis, dass auch Amtsinhaber*innen abgewählt werden können. Der angenommene Amtsbonus kann gerade bei jungen Leuten auch eher ein Gefühl des Überdrusses erzeugen. Wenn der Amtsinhaber beispielsweise schon so lange regiert, wie die Erstwähler*innen alt sind. Als Grüne, die wir normalerweise starke Ergebnisse bei jungen Menschen erzielen, sollten wir das besonders beachten.

Beim Blick auf die Wahlkarte kann man sich einen Teil der Abwahl auch relativ gut dadurch erklären, dass wir in den ökonomisch schwachen Gebieten extrem schlecht abgeschnitten haben. Bei der Bundestagswahl lässt sich – nicht nur in Freiburg – eine ähnliche Tendenz beobachten. Mein Eindruck ist, dass dies ein generelles Problem nicht nur der Grünen, sondern auch der Grünen Jugend ist. Es gelingt uns oft nicht, als soziale Kraft wahrgenommen zu werden. Viele empfinden uns als abgehoben und arrogant, obwohl wir in Regierungsverantwortung viele Projekte verwirklichen, die die Gesellschaft gerechter machen. Am Beispiel von Dieter Salomon kann man dies gut sehen: Mit ihm als OB hat Freiburg 300 Millionen Euro in Schulsanierungen gesteckt, den landesweit besten Schlüssel für Betreuungsplätze, auch Bäder und Parks wurden saniert oder neu angelegt. Doch trotz allem hörten wir an den Ständen oft:

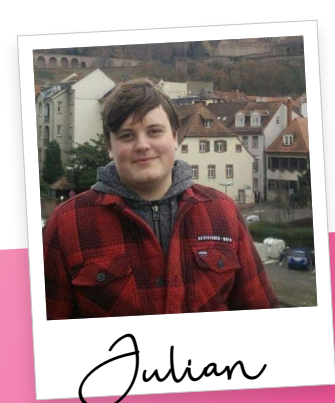
„Der ist doch total unsozial“.

Wenn sich ein solcher Eindruck erst einmal festgesetzt hat, egal wie falsch er sachlich sein mag, ist es fast unmöglich, ihn wieder aufzubrechen. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, wie viel haben wir selbst zu diesem falschen Image beigetragen und wie lässt es sich korrigieren? Ich denke, oft argumentieren wir zu sehr mit abstrakten Zahlen. Wir müssen aber im Wahlkampf

eben auch eine Erzählung finden, die die Leute emotional erreicht. Die ein Gefühl dafür transportiert, was Grüne Politik will und dass von ihr letztlich alle profitieren.

Wir haben als Grüne und Grüne Jugend überdurchschnittlich viele Menschen aus Akademiker*innen-Haushalten bei uns, welche dann wiederum selber Abi machen und studieren. Das ist natürlich absolut nichts Schlechtes, führt aber oft dazu, dass unsere Kommunikation besonders auf diese Klientel zielt und zu wenig auf den Teil der Gesellschaft, der ökonomisch und auch kulturell abgehängt ist. Ein guter Schritt hier gegenzusteuern kann beispielsweise die Wohnraumkampagne der GJ sein, schließlich ist Wohnen eine der sozialsten Fragen überhaupt. Wenn man das Thema richtig angeht, kann es Startpunkt sein, um sehr viel mehr Menschen mit Grüner Politik anzusprechen. Auch die verstärkte Fokussierung der neuen Grünen-Spitze auf Themen wie Strukturwandel und Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme ist, meiner Meinung nach, ein Schritt in die richtige Richtung. Ein weiterer zentraler Punkt ist, das eigene Regierungshandeln immer wieder kritisch zu reflektieren. Wo gab es eventuell tatsächlich Versäumnisse und Fehlentwicklungen? Was würden wir selbst kritisieren, wenn wir in der Opposition wären? Wurden grüne Wähler*innen und Mitglieder ausreichend mitgenommen?

Last but not least können wir aus Freiburg lernen, dass wir die Möglichkeiten der sozialen Medien offensiv nutzen müssen und neue kreative Formen des Online-, aber auch Offline-Wahlkampfes einsetzen oder noch besser selbst entwickeln müssen. Wir als Grüne müssen unseren Selbstanspruch als die progressivste und dynamischste politische Kraft auch in der Art, wie wir Wahlkämpfe führen, zum Ausdruck bringen. Wir sollten unsere Social Media-Arbeit weiter professionalisieren und unsere Kampagnenfähigkeit ebenfalls weiter ausbauen; zum Beispiel indem wir rechtzeitig vor den Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen auch Schulungen für motivierte Basismitglieder anbieten. ¶



Julian Dietzschold, seit 2016 bei der GJ und seit Dezember 2018 Mitglied im Landesvorstand der GJ. Studiert in Heidelberg.

Zweieinhalb Jahre Grün-Schwarz oder:

WIR SCHLEPPEN UNS IN DIE ZUKUNFT 30 MONATE GRÜN-SCHWARZ, DAS SIND EIN PAAR HÖHEN UND SO EINIGE TIEFEN.

In den Umfragen steht die Partei weiter an erster Stelle, Winfried Kretschmann ist weiterhin der beliebteste Ministerpräsident der Republik und versteht die Koalition so:

„In Zeiten von Trumps und Erdogans müssen wir doch froh sein, ruhig und verlässlich zu regieren.“

Wenn es aber um die Inhalte geht, meinen wir eher: CDU und Grüne schleppen sich durch eine Koalition, die eigentlich keiner so richtig wollte, für die es aber dank Regierungsverweigerung der FDP keine Alternative gab. 2016 haben wir dem Koalitionsvertrag weder zugestimmt, noch haben wir ihn abgelehnt. Es gab Projekte im Vertrag, für die wir schon lange gekämpft haben: Die Abschaffung des Alkoholverkaufsverbots, die wir noch im selben Jahr mit einem „Drink Together“ gefeiert und damit auf unseren Erfolg angestoßen haben. Oder die Reform des Landtagswahlrechts, damit mehr Frauen oder junge Menschen in den Landtag kommen. Aber Fehlanzeige. Die altbackene CDU-Fraktion wehrte sich vehement und auch Grüne haben es nicht geschafft, genug Druck auf die Konservativen aufzubauen. Das ist ein nicht hinzunehmender Vertragsbruch und ärgert uns massiv. Ohne Wahlrechtsreform hätten wir den Vertrag 2016 wahrscheinlich abgelehnt. Fraglich ist, ob dieses heiße Eisen in den nächsten Jahren überhaupt noch angegangen wird. Das vom Parteitag geforderte Bürgerforum, das verschiedene Modelle des Wahlrechts vorschlagen soll, muss jetzt kommen. „Wir wollen keine Fahrverbote“. Das hört man mittlerweile aus allen Mündern aller Parteien. Aber sie kommen. Und das ist auch legitim so. Als Grüne Jugend haben wir in den letzten Jahren immer betont: Gesundheit und saubere Luft stehen im Vordergrund. Es ist wichtig, Anreize zum Umstieg zu schaffen und wir sind froh, dass das Verkehrsministerium die Regierung immer wieder antreibt: Metropo-Expresszüge, günstigere und unkompliziertere Tickets ➡



im ganzen Land, Lastenradförderungen, Radschnellwege, aber eben auch: Fahrverbote für ältere Diesel-Modelle in Stuttgart. Dass es soweit kommen musste, liegt am jahrelangen Aussitzen der Konservativen und am Betrug der Autohersteller. Trotzdem: Wir dürfen neben den Anreizen auch Restriktionen nicht scheuen. Die Debatte um CO₂-Emissionen im Verkehrssektor ist in den Hintergrund gerückt. Allein um den Verkehr bis 2030 um ein Drittel zu senken, müssen wir viel mutiger sein. Spuren weg, Tempolimits und Nahverkehrsabgabe. Ridesharing maximal attraktiv machen. So sähe mutige grüne Verkehrspolitik aus. Und daran sieht man, dass mit der Union und einem allzeit kompromissbereiten Staatsministerium eine wirkliche Verkehrswende nicht zu machen ist. Es ist schon bemerkenswert: Das Land versprach den Klägern am Stuttgarter Neckartor 2016 eine Verkehrsreduktion um 20 Prozent an Tagen mit schlechter Luft. Da es die Ziele 2018 nicht einhalten konnte, musste es schon zwei Mal 10.000 Euro Strafe bezahlen. Und hat gegen die Strafzahlung auch noch geklagt. Zumal wir die eigenen Landes-Klimaziele erreichen könnten, wenn die Verkehrswende schneller ginge. Klar, die meisten Kompetenzen liegen auf Bundesebene: Kohleausstieg, Ausbau von Bahnstrecken, Wärmedämmung. Aber wenn die Große Koalition zukunftsvergessene Politik macht, muss sich das Land umso mehr anstrengen. Wenn der Bund Cannabis nicht legalisiert, muss das Land die straffreie geringe Menge anheben. Wenn das Außenministerium Afghanistan als sicher einstuft, sollte die Landesregierung einen dreimonatigen Abschiebestopp einführen. Hinzu kommt, dass eine grüne Ministerin proaktiv Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger*innen eingeführt hat. Gegen alle Proteste aus der Studierendenschaft. Wir haben ein gutes Teilhabeprogramm, das Geflüchtete durch 1000 Integrationsmanager*innen unterstützt. Das Land hat sprudelnde Steuereinnahmen und leitet 1,6 Mrd. an die Kommunen weiter, um z. B. die Kita-Qualität durch Sprachförderung zu stärken. Und trotzdem: Können wir uns wirklich auf Steuereinnahmen ausruhen, die durch eine Wirtschaftskraft in Baden-Württemberg garantiert werden, die alle planetarischen Grenzen sprengt? Wo bleibt die Wachstumskritik in unserem saturierten Land? „Das neue Baden-Württemberg“, so der Titel des Bilanz-Buchs nach sieben Jahren Grün in der Regierung, stellen wir uns noch etwas mutiger vor. Der Reformeifer vom Anfang muss weiter gehen. Die Erde retten wir nicht nur in der Landespolitik. Aber mehr Ehrgeiz würden wir uns momentan schon wünschen. Und dafür braucht es uns – eine stachelige Grüne Jugend. ¶



Marcel Roth ist Sprecher der Grünen Jugend Baden-Württemberg.

So wollen wir bauen und wohnen.

BEZAHLBAR, FLÄCHEN- UND RESSOURCEN-SCHONEND, MIT DEN MENSCHEN IM MITTELPUNKT.

Wohnungsnot. Wer hat sich in Baden-Württemberg noch vor einigen Jahren mit diesem Begriff befasst? Heute ist er in aller Munde. Alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen sprechen darüber: Studierende, die oft zu horrenden Preisen eher notdürftig untergebracht sind als wohnen. Oder auch ältere Menschen, die im Rentenalter ihre Mieten nicht mehr bezahlen können und deshalb auf der Suche sind.

Es gibt Zahlen, die erklären, warum das Thema so drängend geworden ist: Baden-Württemberg als wirtschaftsstarkes Bundesland erlebte allein zwischen 2011 und 2017 einen Be-

völkerungszuwachs um mehr als 4,4 Prozent. Über 11 Millionen Menschen leben hier und wie überall in Deutschland steigt die Zahl der Single-Haushalte – belegt ist für den Südwesten zwischen 2011 und 2016 ein Anstieg um 5,9 Prozent. Eine aktuelle Studie des Landes ermittelt bis 2025 einen Bedarf von 485.000 Wohnungen, die durch Neubau oder Erweiterung entstehen müssen.

Als wohnungsbaupolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion beschäftige ich mich tagtäglich damit, wie wir unser Ziel umsetzen können, dass alle Menschen im Land bezahlbaren Wohnraum finden. Wir haben das Thema in der ➔

Grün-Schwarzen Regierungskoalition wieder ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt, nachdem geförderter Wohnbau in Deutschland mehr als 20 Jahre lang bei Bund, Ländern und Kommunen ein Randthema war. Die Wohnraumversorgung wurde mehr oder weniger komplett dem freien Markt überlassen, mit schmerzhaften Folgen für viele Menschen, die ständig steigende Mieten nicht mehr bezahlen können.

Viele Stellschrauben können im Bereich des Bauens und Wohnens bewegt werden und an vielen drehen wir schon.

Auf Landesebene haben wir ein optimiertes Wohnraumförderprogramm eingerichtet und mit jährlich 250 Millionen Euro (zum Vergleich: 2010/11 waren es je 48 Mio. Euro) ausgestattet, das passende Förderbedingungen für die Wohnungswirtschaft bereithält. Wir überarbeiten das Landeswohnraumfördergesetz, um es den sich verändernden Bedürfnissen der Menschen anzupassen. Hierbei denken wir an Alleinerziehende und andere Verantwortungsgemeinschaften. Die Landesbauordnung, das Gesetz, das ordnungspolitische Regeln aufstellt für das Bauen, haben wir durchforstet und geschaut, wo Luft für Kosteneinsparungen ist oder wo Verfahren beschleunigt werden können. Das Planen und Bauen muss schneller vorangehen, denn wir brauchen schnell neue Wohnungen.

Klar ist aber auch, dass wir trotz des Wohnraum Mangels darauf schauen müssen, dass der für die nächsten Jahrzehnte entstehende Wohnraum gewisse nachhaltige Standards erfüllt. Wichtig ist zum Beispiel, dass viele neu entstehende Wohnungen barrierefrei sind. Und in Hitzesommern wie dem diesjährigen wird das Thema Begrünung und Anpassung der Städte an den Klimawandel immer wichtiger. Für den Holzbau, der unter Klimagesichtspunkten vielversprechend ist, haben wir Hemmnisse aus dem Gesetz entfernt.



Susanne

Susanne Bayer ist seit März 2016 Mitglied des baden-württembergischen Landtags und Sprecherin für Bauen und Wohnen für die Grüne Fraktion. Sie arbeitet mit im Wirtschaftsausschuss und im Finanzausschuss und im 2. NSU-Untersuchungsausschuss. Mandatsträgerin für die Grünen ist sie seit 2009 im Heilbronner Gemeinderat, in dem sie der Grünen Fraktion vorsitzt. Die 53-jährige Verwaltungsfachfrau hat vor ihrer Abgeordnetentätigkeit die Verwaltung der Offenen Hilfen gGmbH in Heilbronn geleitet, einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige.

Schon an diesen Beispielen wird deutlich: Meine Kolleg*innen im Landtag und ich sprechen mit allen Akteur*innen, mit Politiker*innen auf allen Ebenen genauso wie mit Bauämtern in Kommunen, mit Bauunternehmer*innen, mit Expert*innen für einzelne Baugewerke, mit Naturschützer*innen und Stadtplaner*innen, mit Verbänden, die sich mit den unterschiedlichsten Belangen des Wohnens befassen – und natürlich fragen wir die Menschen, wie sie wohnen wollen. Denn sie sind unser Maßstab, wenn wir über das Planen und Bauen für die Zukunft diskutieren und entscheiden. Wir denken das Wohnen vom Menschen her: Damit es uns gut geht, brauchen wir mehr als ein Dach über dem Kopf. Wir brauchen ein Wohnumfeld, in dem sich privates Leben, Arbeiten und soziale Netzwerke wiederfinden. Das erachten wir Grüne als Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dazu gehören moderne Mobilität, neue Wohnkonzepte oder ressourcensparendes Bauen in Stadt und Land. Dazu gehört, dass wir auf lange Sicht den Klimaschutz, die Digitalisierung sowie den demografischen und gesellschaftlichen Wandel mitdenken. Und dazu gehört, dass wir beim Bauen und Verändern von Wohnquartieren die Durchmischung fördern und neuen Modellen des Zusammenlebens im wahrsten Wortsinn Raum geben.

Ganz wichtig beim Thema Bauen und Wohnen sind die Kommunen. Hier findet Bauleitplanung statt, hier werden Grundstücke vergeben, hier sind Gemeinderat*innen ganz nah dran an den Menschen und ihren Bedürfnissen. Deshalb setzen wir Grüne alles daran, vor Ort in den Gremien mit zu entscheiden, wie sich ihre Kommune weiterentwickelt. Mit einer vorausschauenden Bodenpolitik können Kommunen Einfluss darauf nehmen, wer wie vor Ort zum Zuge kommt. Und so kann bei entsprechendem politischem Willen verhindert werden, dass Grundstücke zu Spekulationsobjekten werden. Einige Kommunen praktizieren schon so genannte Konzeptvergaben:

Nicht, wer am meisten bietet, darf bauen, sondern wer das beste Konzept vorzuweisen hat.

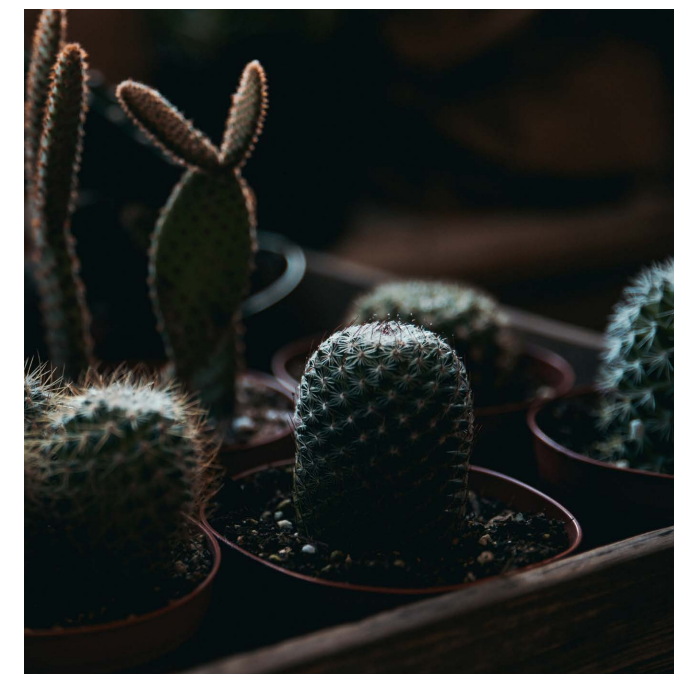
Viele Kommunen tun auch viel für die Innenentwicklung. Sie haben erkannt, dass nur lebendige Dorfkerne zum Bleiben einladen. Etliche Programme, für die wir uns stark machen, unterstützen solche Strategien. Einige Kommunen vergeben Grundstücke in Erbpacht, das heißt, diese werden für einen bestimmten Zeitraum gegen Zins für eine bestimmte Nutzung zur Verfügung gestellt. Danach fallen sie wieder an die Kommunen zurück und spätere Generationen haben auch noch Flächen zur Verfügung, um ihre Vorstellungen von Stadtentwicklung und Zusammenleben realisieren zu können. Hier sind wir bei einem ganz wichtigen Aspekt des Themas Bauen und Wohnen: Flächen. Wir Grüne verfolgen seit langem den Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung um den Flächenverbrauch gerade in unserem wirtschaftsgeprägten Bundesland einzudämmen. Gleichzeitig ist die Verfügbarkeit von Boden eine Grundvoraussetzung für bezahlbares Wohnen. Deshalb suchen wir nach Möglichkeiten, wie wir

Flächen schonen und trotzdem den Wohnungsbau voranbringen können. In der Innenentwicklung sparen wir Flächen, wenn wir, wie jetzt beschlossen, Aufstockungen auf bestehenden Gebäuden erleichtern und generell mehr in die Höhe bauen – auch in kleinen Gemeinden, wo das bislang die Ausnahme ist. Wohngebiete nur mit Einfamilienhäusern am Ortsrand beantworten nicht mehr die Wohnbedürfnisse in einer heterogenen Gesellschaft, die sich im demografischen Wandel befindet.

Wie die Menschen wohnen wollen, verändert sich mit den unterschiedlichen Lebensphasen, entsprechend vielfältig muss das Wohnungsangebot im Land sein: Nicht nur während sie in Ausbildung sind oder studieren brauchen junge Leute angemessenen und bezahlbaren Wohnraum. Damit sie ihre Ideen von einem Leben mit oder ohne Familie verwirklichen können, setzen wir Grüne uns mit neuen Wohnformen für alle Alters- und gesellschaftlichen Gruppen auseinander: Wir befassen uns mit genossenschaftlichem Bauen und damit, wie wir es fördern können, mit Mehrgenerationen-Modellen, mit der Entwicklung ganzer Wohnquartiere, in denen die Menschen gut leben und im Idealfall auch arbeiten können, in denen es Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Ältere gibt und die verkehrlich gut angebunden sind.

Und schließlich beschäftigt uns, wie sich das Bauen verändern muss, einerseits, um es günstiger zu machen, andererseits um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Wir wollen den sparsamen und effizienten Einsatz von Rohstoffen befördern und mehr mit vorgefertigten Bauelementen kostengünstiger Wohnraum schaffen. Um die Potenziale moderner Baustoffe oder zukunftsweisender Mobilitätsmodelle und der Städteplanung voranzubringen, wollen wir die Bauforschung im Land stärken. Aber auch auf den Baustellen im Land gibt es viel zu tun und hier gibt es viele Ausbildungsplätze. Ich würde mich freuen, wenn der eine oder die andere dieses spannende Arbeitsfeld für sich entdeckt und an der Zukunft des Wohnens als Ideengeber*in, aber auch forschend, planend, kreativ, vernetzend oder handwerklich mitbaut. Schön wäre das auch als junges Mitglied in einem Gemeinderat – traut Euch! ¶

Quellen: Die Zahlen zur Bevölkerung(sentwicklung) stammen vom statistischen Landesamt, die zum Wohnraumbedarf aus der Prognose-Studie „Wohnraumbedarf in Baden-Württemberg“ vom Oktober 2017.



Rechtsruck.

WO BLEIBT DIE VIELFALT?

Gleich mal was Wichtiges zu Beginn: Vergleiche mit dem Nationalsozialismus sind erlaubt. Sie sind sogar notwendig, wenn man gesellschaftliche Veränderungsprozesse einordnen und in ihrer Bedeutung einschätzen möchte. Der Holocaust war als größtes Menschheitsverbrechen der Geschichte einzigartig und unvergleichlich. Der Weg dorthin aber war das Ergebnis einer verhängnisvollen Entwicklung, in der eine moderne Demokratie in eine diktatorische Ausgrenzungsgesellschaft umgewandelt wurde. Und mit ihr die moralischen Überzeugungen und die selbstverständlichen Annahmen darüber, wie man mit Menschen umgeht. An diesem Punkt sind wir im Moment auch. Was gestern noch undenkbar und unsagbar war, scheint heute schon erwartbar und normal zu sein. Und man ist denen entgegengekommen, die die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung kritisiert hatten. Man gab ihnen Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts, die Einrichtung von Heimatministerien, die Verankerung einer „Obergrenze“, und manches mehr. Dadurch ist eine Konsensverschiebung zu beobachten, in der sich die Phantasie einer „Masseneinwanderung“ desto aggressiver verbreitet, je weniger Menschen ins Land kommen.

Sozialpsychologisch ist das ein Klassiker: Vorurteile gedeihen dort am besten, wo es die Hassobjekte in Gestalt etwa von „Ausländern“, „Muslimen“, „Flüchtlingsen“, „Juden“ und so weiter gar nicht gibt, wo sich also die Ressentiments keiner Realitätsprüfung unterziehen müssen. Und so haben wir jetzt eine „Flüchtlingsfrage“, keine „Menschenfeindefrage“, die rein faktisch notwendiger wäre.

Und nein, auf die Parallelen zur Weimarer Republik hinzuweisen ist nicht alarmistisch, sondern, wenn man die Geschichte betrachtet, realistisch. Deshalb haben viele, die in allen politischen Anschauungen jenseits von nationalistisch-rechtsaggressiv zu Hause sind, das Gefühl, dass es keine Mehrheit der liberalen, demokratischen Kräfte gibt, die in der Lage wären, sich untereinander zu solidarisieren. Eine geschlossene Front gegen die Minderheit der besorgten Rassisten bildet sich nicht.

Im Gegenteil: Die Freunde der Demokratie sind damit beschäftigt, sich gegenseitig zu zerlegen. Bei jedem Versuch der Gegenwehr ploppen lange Diskussionen aus den politischen Kreisen in Journalismus und Kultur darüber auf, was man wie, wo warum sagen darf, oder nicht darf. Was Antifaschismus ist, oder eben nicht, ob Häuser besetzen korrekt ist oder doch nur Jugendrevolte.

Doch was ist denn nun der richtige Weg um mit dem Rechtsruck umzugehen? Insbesondere seit den Wahlerfolgen der AfD kursiert die Erzählung von den „Abgehängten“, die von den linksliberalen Eliten in Politik, Medien und Wirtschaft so sträflich vergessen worden seien, dass sie sich nun aber endlich mit dem Stimmzettel und, okay, auch mal mit dem einen oder anderen Hitlergruß zur Wehr setzen. Und ohne jeden belastbaren empirischen Befund gilt es inzwischen als Tatsache, dass „die Globalisierung“ vielen Menschen zu viel Angst mache, weshalb „Heimat“, „Leitkultur“, „Kulturpatriotismus“ und ähnlich nebulöse Symbolbegriffe neuerdings ganz wichtig seien. In solche Erzählungen stimmt man dann unter dem Schlagwort eines „neuen Konservatismus“ ein, der so eigentümliche Dinge hervorbringt wie das „Ausländer beim Bäcker“-Theorem des FDP-Chefs Christian Lindner, einen Boris Palmer, der einen Asylbewerber anhand der Hautfarbe oder des Fahrrad-Fahrstils zu erkennen meint oder die Auslassungen des historisch uninformaten, aber stets hetzbereiten CSU-Manns Alexander Dobrindt und seinen Aufruf zur „konservativen Revolution“ sowie seine vollends irre Rede von der „Anti-Abschiebe Industrie“. Es hat etwas Epidemisches, wie derlei Themen Geländegewinne im öffentlichen Raum verzeichnen, so sehr übrigens, dass Teilnehmer des infamen rechtsextremistischen Rockfestivals in Ostritz bereits T-Shirts mit der Aufschrift trugen: „Ich war schon rechts, bevor es cool wurde.“

Dieses neue „cool“ ist bösartig. Die Diskursverschiebung bietet einen Rahmen, in dem Ausgrenzungs- und Gewaltfantasien nicht mehr als Abweichung, sondern als mindestens teilgesellschaftlich akzeptabel verstanden werden. Dazu tragen insbesondere die Statements von Alexander Gauland, Alice Weidel und Konsorten bei, die jetzt eben auch das Bundesparlament als Bühne nutzen und ihre Angriffe nicht auf Sachverhalte, sondern auf Personen richten, in allererster Linie auf Asylsuchende und Zuwandernde. Ressentimentförderlich sind aber auch die laut und kontinuierlich geäußerten Forderungen der CSU, von der Kürzung der Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber bis hin zu deren Beteiligung an den Kosten ihrer Anerkennungsverfahren. Die Kombination von „Ausländer“ und „Kosten“ ist ein zuverlässig wirksamer Appell an Menschenfeindlichkeit.

Dabei liegt aber doch die Sache so, dass sich die Angriffe auf die Demokratie und die Menschenfreundlichkeit immer unhüllter und häufiger artikulieren, die Gegenreaktion von seiten

der zufriedenen (90 Prozent der Deutschen bezeichnen sich als „glücklich“) Anhänger*innen der offenen Gesellschaft und des Grundgesetzes hingegen lange auf sich warten lassen. Bisher jedenfalls wurde auf die wachsenden Wählerquoten für die AfD und das sich offen zeigende Ressentiment überwiegend nicht mit steigender Bereitschaft reagiert, die Demokratie zu verteidigen, sondern mit sozialpädagogischem Verständnis – so als handle es sich um das Ergebnis eines Mangels an politischem Wissen.

Demokratien gehen nicht
an zu vielen Feinden,
sondern an zu wenigen
Freunden zugrunde.

Auch dies zeigt das Beispiel Weimar. Anders gesagt: Wenn die Demokratie angegriffen wird und man sich selbst als Demokrat versteht, sollte man sich auch selbst gemeint fühlen und die Sache persönlich nehmen. Dann versteht man sofort, dass es sich bei alldem um einen gesellschaftspolitischen Konflikt handelt, nicht um ein pädagogisches Problem. Vor diesem Hintergrund ist die Renaissance der Menschenfeindlichkeit in der, in vielerlei Hinsicht, gut funktionierenden Bundesrepublik der Gegenwart auf mangelnde Gegenwehr zurückzuführen.

Noch einmal: Wir haben keinen Mangel an Analyse, sondern an Engagement für die offene Gesellschaft. Das ist auch keine komplizierte Aufgabe. Es bedeutet für jeden und jede, im Job und im Privaten, im Freundeskreis und in der Familie, in der Straßbahn und in sozialen Netzwerken für Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten einzutreten, und für eine Gesellschaft, die beides garantiert. Und zwar, wenn es ganz alltäglich konkret wird und Menschen verächtlich gemacht werden. Das kann unbequem sein, hat jetzt aber Vorrang vorm routinierten Beobachten, Analysieren und Kommentieren. So was können wir zwar alle ziemlich gut, aber das nützt nichts gegen Menschenfeindlichkeit. Es ist nicht einmal mehr cool. ¶



Alex ist mit 27 Jahren der jüngste Abgeordnete unserer Grünen Landtagsfraktion und dort u.a. Sprecher für Strategien gegen Rechtsextremismus. In seinem Wahlkreis Göppingen ist er seit vielen Jahren engagiert im Kampf gegen Neo-Nazis und hat dort den Verein „Kreis Göppingen nazifrei“ gegründet und war lange Sprecher des Vereins.



Pro & Contra.

PLÄDOYER FÜR DIE GENTECHNIK.

Liebe Lesende, ich schreibe diesen Artikel etwas besorgt über die Gegenreaktion, denn ich habe die Debatte bisher als sehr aufgeladen erlebt. Dennoch möchte ich meine Sichtweise auf die Grüne Gentechnik schildern. Ich habe molekulare Biowissenschaften studiert und währenddessen uns Grüne im Labor verteidigt. Ich möchte hier auch das Labor bei uns Grünen verteidigen. Im Grunde spricht nichts gegen die Gentechnik. Genauso spricht im Grunde nichts gegen das Internet. Es sind Technologien, mit denen enorme Vorteile erwachsen, die man aber (mit bspw. der Datenschutzgrundverordnung) einrahmen muss, um Missbrauch zu verhindern. Dass wir uns diese bisherige, rigorose Ablehnung der Gentechnik überhaupt leisten können, liegt, glaube ich, daran, dass wir alle zwar das Internet schätzen lernen konnten, selbst aber keine Alltagsgenetiker*innen oder Landwirt*innen sind. Dazu kommt Monsanto und dazu kommt Greenpeace. Aber erneut: Im Grunde spricht nichts gegen die Gentechnik.

Ich möchte ein paar Aspekte erläutern, warum wir — oder besser, die Leute, die unser Essen herstellen — die Gentechnik brauchen. Unsere Kulturpflanzen sind über Jahrtausende Züchtung entstanden. Dabei wurde nicht das mit der Umwelt Einvernehmlichste, sondern das für den Menschen Passende ausgewählt. Das ist heute noch der Fall. Das ist kein Problem der Grünen Gentechnik, nein, man kann sie sogar dazu einsetzen, alte Kulturpflanzen so zu verändern, dass sie zum Beispiel wassersparsamer sind oder Fraßfeinden nicht mehr schmecken und man sich damit Insektenschutzmittel spart. Wenn man das weitertreibt, könnte man sich zum Ziel setzen, sie auch so zu züchten, dass die Bodenqualität steigt. Die Gentechnik eröffnet so viele Möglichkeiten, um die konventionelle Landwirtschaft an Umwelt und Klimawandel anzupassen. Man kann sie verwenden, um vielfältigere Felder statt Monokulturen anzubauen, damit auch für gesteigerte Produktivität und Bewahrung der genetischen Vielfalt an sich nutzen.

Durch die Gentechnik werden Schranken übersprungen: Grenzen zwischen Arten, die man nicht mit Kreuzen kombinieren kann; Pflanzen wie die Kulturbanane, die keine sexuelle Vermehrung (mehr) machen kann, daher ist sie genetisch sehr arm und man kann sie nicht über Kreuzungen weiterentwickeln; Zeit, d.h. das Züchten über Generation zu Generation und das Abwarten auf den „richtigen Zufall“-Kopplungen zwischen Genen, d.h. manche Gene sind so stark gekoppelt, dass man sie nie voneinander unabhängig vererben kann; dies ist denkbar schlecht, wenn es sich um Gene „mickriger Wuchs und Stacheln“ und „toller Geschmack“ handelt.

Im Mittel hat die Einführung von Gentechnik: den Pestizidverbrauch um 37% verringert, die Ernteerträge um 22% gesteigert und -Profite um 68% gesteigert. Profitsteigerungen gab es vornehmlich in ökonomisch schwachen Ländern. Ein Blick auf die kleinen, wenn auch wirkungsvollen Eingriffe durch „Gene editing“, also nur Veränderung vorhandener Gene, veranschaulicht, dass traditionelle Züchtungsmethoden, die bspw. Colchizin oder Strahlung nutzen, viel gravierender ins Erbgut eingreifen. Mit Gentechnik kann heute ein*e Bachelorstudent*in eine Sorte erstellen. Diese DIY Möglichkeit ist das Gegenteil des Schreckensbilds „Patente auf Leben“, denn die genetischen Veränderungen sind dabei nicht mehr vom Zufall zu unterscheiden. Mit den heutigen Sequenzierungsmethoden kann man, bis auf das Nukleotid genau, feststellen, was im Erbgut verändert wurde; man weiß also genau, was man tut. ¶



Ela

Ela ist seit 11 Jahren bei der Grünen Jugend Mannheim. Sie hat in der Nachbarstadt Heidelberg Biowissenschaften studiert und arbeitet jetzt als Programmiererin. In letzter Zeit hat sie sich vermehrt mit Politik zur Digitalisierung beschäftigt. Ihr entstand der Eindruck, dass es dabei, im Vergleich zur Biotechnologie, viel weniger Technologieablehnung in der politischen Debatte gibt. Sie möchte sich für mehr aufgeschlossenes Abwägen statt blindem Konservatismus in Technologiefragen einsetzen.

GENUSS GEHT ANDERS.

Immer mehr Menschen in Deutschland entscheiden sich beim Wocheneinkauf für Bio-Produkte und sagen der Gentechnik damit Lebewohl. Auch meine Familie achtet zunehmend auf die Herkunft der Lebensmittel. Und das sollte man auch! Viele Lebensmittel, vor allem Gemüse und tierische Produkte, sollte man mit Vorsicht genießen, denn man weiß nie genau, was drinsteckt.

Das Konsumieren Gen-manipulierter Lebensmittel beeinträchtigt nachweislich die natürliche Funktionsweise des menschlichen Körpers. Es kann passieren, dass durch den Verzehr krankheitserregende Bakterien so dermaßen verändert werden, dass diese eine Unempfindlichkeit gegenüber Medizin, beispielsweise Antibiotika, entwickeln. Das Antibiotikum schlägt nicht mehr an und kommt als Behandlungsmethode nicht mehr infrage. Außerdem sind die Langzeitwirkungen- und Schäden nur spärlich erforscht. Doch nicht nur diese Beeinträchtigung ist Teil der Gentechnik.

Auch im natürlichen Ökosystem der Pflanzen und Tiere hinterlässt die Gentechnik ihre Spuren. Pflanzen, die einer genetischen Veränderung unterzogen wurden, haben aufgrund dessen keinen natürlichen Lebensraum. Sie verdrängen andere, herkömmliche Pflanzen, aus ihrem Lebensraum. Es besteht also die Gefahr, dass Pflanzenarten aussterben, denn es passiert nachweisbar, dass diese „künstlichen“ Pflanzen sich unkontrolliert ausbreiten und sich dermaßen vermehren, dass eine Plage entsteht. Natürlich werden Innovation und Fortschritt weltweit großgeschrieben und stehen für wirtschaftlichen Erfolg, aber etwas Neues zu entwickeln heißt nicht immer gleich auch, etwas Gutes und Sinnvolles zu erschaffen.

Mit der Weiterentwicklung der herkömmlichen Zucht wächst die Qual und das Leiden zahlreicher Tiere, an denen rumexperimentiert wird. Mal funktioniert es und mal eben nicht. Muss das sein? Nein, muss es definitiv nicht! Wo ist die Verantwortung geblieben und wo der Verstand, das frage ich mich, wenn ich davon höre, dass ein Lachs um das sechsfache seines Gewichts hochgezüchtet wird, sodass er um das 13-fache schneller wächst. Gesund

ist das sicher nicht. Das Ganze hat definitiv sowohl moralische als auch wissenschaftliche Grenzen längst überschritten. Im Moment funktioniert es, weil der Umsatz enorm ist und die Augen verschlossen werden, wenn es um die gesundheitliche Zukunft der Menschen, der Natur und das Leid der Tiere geht. Man kennt es nicht anders. Menschliche Gene in Tieren, tierische Gene in Pflanzen? Da sträuben sich bei mir alle Haare. Was die Natur so mühselig und über Millionen von Jahren erschaffen hat, zerstört der Mensch innerhalb weniger Jahre. Man sollte anfangen mit und nicht gegen die Natur zu arbeiten. Mit den Dingen arbeiten, die uns bereits auf natürliche Weise gegeben wurden, dafür dankbar sein und nicht darauf herumtrampeln.

Es gibt keinen Planet B. Und wenn der Mensch aus Geldgier und Erfolgsdrang so weitermacht, gibt es auch in naher Zukunft keinen Planet A mehr, auf dem man glücklich leben kann. Nachdem ich mich intensiv mit dem Thema auseinander gesetzt habe, frage ich mich, brauche ich im Winter Erdbeeren und pralle, rote, saftige Tomaten aus Italien und Spanien? Warum sind sie so prall und farbtintensiv? Natur ist das nicht. Also sage ich nein zu Gentechnik. Das Obst und Gemüse, welches saisonal und regional auf dem Bauernhof in meinem Dorf angeboten wird, ist enorm preiswert und schmeckt natürlich. Denn nur dann weiß man, was man konsumiert und kann es sich mit gutem Gewissen auf der Zunge zergehen lassen. ¶

genzukunft.de/Gentechnik/Gefahren-der-Gentechnik/Gefahren-der-Gentechnik.html
bund-rvso.de/gentechnik-ausstellung.html



Madita

Ich heiße Madita Harms, bin 17 Jahre alt und bin seit einigen Monaten Mitglied bei der GJ. Das Thema hat großes Interesse in mir geweckt und es hat Spaß gemacht, sich damit auseinander zu setzen. Ich mache 2019 mein Abitur und habe auch danach vor mich sogar eventuell beruflich in diesem Themenfeld zu bewegen. Ich mache 2019/2020 ein FSJ in Norwegen auf einem BIO Bauernhof und bin schon enorm gespannt, mehr zu lernen und Teil dieser Welt zu werden.

Tod im zentralen Mittelmeer.

DIE EU SCHOTTET SICH AB.

Foto von Erik Marquardt / instagram @erikmarquardt

Am 8. Juni 2018 hat der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella eine Regierung vereidigt, die aus einem Bündnis von links- und rechtsgerichteten Populisten besteht und mit Ministern der Bewegung „Fünf Sterne“ und der „Lega“ besetzt ist. Ministerpräsident wurde Giuseppe Conte, ein bis dato unbekannter parteiloser Juraprofessor aus Florenz.

Obwohl die rechtsgerichtete Partei „Lega“ auf etwas mehr als die Hälfte der Stimmen der „Fünf Sterne“ bei den Parlaments-Wahlen im März 2018 kam, ist der Parteichef der „Lega“ Matteo Salvini als Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident der eigentlich starke Mann der Regierung und beherrscht mit einer beispiellosen Unverfrorenheit das Handeln der Regierung und die öffentliche Meinung in Italien.

Seine einfache Botschaft an die Wählerinnen und Wähler, „ich werde die Migration über das Mittelmeer auf null bringen“, wurde mit ihm als Innenminister zur Richtschnur des Regierungshandelns. Ende Juni 2018 trafen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel und fassten Beschlüsse zur Frage der Migration über die südliche Außengrenze der EU. Diese Beschlüsse markieren einen radikalen Wandel in der Sicherung dieser Außengrenze, indem die Verantwortung für die Eindämmung der Migration in die EU den nordafrikanischen Staaten übergeben werden soll. Der italienische Ministerpräsident hat-

te aus Rom ein Ultimatum nach Brüssel mitgebracht, das seine sofortige Abreise, also ein Platzen des Gipfels bei anderslautenden Beschlüssen, bedeutet hätte. Obwohl die nordafrikanischen Staaten anschließend alle das Ansinnen, die Migration auf ihren eigenen Territorien zu stoppen, abgelehnt haben, werden sie wohl in der Zukunft unter finanziellen und materiellen Anreizen der EU zumindest partiell kooperieren. Wie aber sieht es hinsichtlich der Menschenrechtslage in den nordafrikanischen Staaten aus? Alle nordafrikanischen Staaten haben erhebliche Defizite hinsichtlich der universalen Menschenrechte. Am wenigsten sind sie in Libyen gesichert.

Mit dem durch die Luftwaffe Englands und Frankreichs unterstützten Sturz Gaddafis im Jahre 2011 durch Rebellen begann der Zerfall dieses zuvor vergleichbar reichen Landes in Machtbereiche einzelner Milizen. Wenn die EU von Libyen spricht, meint sie ein Regime, dessen Macht nicht weit über die ehemalige Hauptstadt Tripoli hinausreicht und sich ebenfalls auf gleich 2 Milizen stützt, die die vollziehende Gewalt wie Polizei oder Küstenwache stellen. Trotz dieser Verhältnisse erhält Tripoli von Italien und anderen Staaten der EU eine massive finanzielle und materielle Unterstützung, um eine Küstenwache aufzubauen, die Flüchtlingsboote bereits in den Hoheitsgewässern aufbringen und die Flüchtlinge zurück an Land bringen soll. Italien hat im Jahre 2017 dem Regime in Tripoli 4 ausgemusterte Schiffe

ihrer Küstenwache geschenkt und etwa 80 Milizionäre zu Matrosen der Küstenwache ausgebildet. Darüber hinaus versucht Italien vehement, Libyen eine maritime Rettungszone im zentralen Mittelmeer (MRCC) zuzuweisen, in der die sogenannte libysche Küstenwache die alleinige Koordination haben würde. Die in London für die Einrichtung solcher Befugnisse zuständige Internationale Marine Organisation (IMO) lehnt das aber bislang ab.

Der massive politische Druck der neuen italienischen Regierung auf andere EU-Staaten und ihre Weigerung seit Mitte Juni 2018, Schiffen mit Flüchtlingen einen sicheren italienischen Hafen zu bieten, brachte jegliche systematische Seenot-Rettung im zentralen Mittelmeer zum Erliegen. Alle Rettungs-Schiffe der deutschen NGOs sind seit Ende Juni in Malta festgesetzt. Das Schiff einer spanischen NGO wird im Hafen von Algeciras (Südspanien), die „Aquarius“ der „Ärzte ohne Grenzen“ wird nun in Marseille festgehalten. Formale Fragen der Registrierung und der Seetüchtigkeit werden von den Behörden als Grund dafür vorgebracht, den Schiffen die Ausfahrt aus den Häfen zu verwehren.

Da in Häfen der EU-Anrainer nur unter großen Schwierigkeiten Schiffen mit Flüchtlingen die Einfahrt erlaubt wird, kam auch die militärisch organisierte Mission „Sophia“ zum Erliegen. Selbst Schiffen der italienischen Küstenwache mit Flüchtlingen an Bord wird die Einfahrt in italienische Häfen verweigert. Der Autor war



Georg Albiez war als Arzt auf der „Lifeline“, einem Schiff der „Mission Lifeline“- NGO aus Dresden, im Juni 2018 vor der Küste Libyens im Einsatz und hat hautnah die oben geschilderte Kehrtwende der europäischen Migrationspolitik erfahren.

als Arzt auf der „Lifeline“, einem Schiff der „Mission Lifeline“- NGO aus Dresden, im Juni 2018 vor der Küste Libyens im Einsatz und hat hautnah die oben geschilderte Kehrtwende der europäischen Migrationspolitik erfahren. Die „Lifeline“ hat mit 234 geretteten Menschen an Bord eine fast 7-tägige Irrfahrt in internationalen Gewässern vor Malta überstehen müssen, bis mehrere EU-Staaten, nicht aber Deutschland, die Übernahme der Menschen zugesagt hatten und dann erst Malta die Einfahrt erlaubte.

Auf einem gerade 32 Meter langen Schiff, wie der „Lifeline“, 234 Menschen fast eine Woche mit allen Bedürfnissen zu versorgen, forderte die 18-köpfige Crew maximal heraus.

Erschöpft, aber glücklich, konnte die Crew am Abend des 27. Juni am Quai des Hafens in La Valetta (Malta) festmachen und alle Geretteten in die Obhut der dortigen Behörden übergeben.

Im zentralen Mittelmeer, also vor der Küste Libyens hat die „International Migration Organisation“ (IMO), eine UN-Organisation, alleine von Januar bis Mitte August 2018 die Zahl von 1111 Ertrunkenen registriert. Die wahre Zahl liegt wahrscheinlich um den Faktor 4 höher, also bei über 4000 Toten. Nach dem politisch gewollten Ende der systematischen Seenotrettung im Juni 2018 sind die Todeszahlen massiv in die Höhe geschneit. Die EU-Staaten haben damit das Ertrinken zur Abschreckung der Migranten über ihre Verpflichtung gesetzt, humane Grundsätze der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN und der Genfer Flüchtlingskonvention beim Umgang mit der Migration anzuwenden. Obwohl diese Grundsätze nicht disponibel und von allen EU-Staaten ratifiziert sind, haben die Staats- und Regierungschefs Ende Juni 2018 in Brüssel mit ihrem Beschluss ihre Bereitschaft dokumentiert, zur Abschottung der EU-Außengrenze gegen geltendes internationales Recht zu verstoßen. Diese Außengrenze ist somit zur tödlichsten aller Grenzen der Welt geworden. ¶

Seit einiger Zeit wird nun schon die allgemeine Dienstpflicht diskutiert. Durch das Aussetzen der Wehrpflicht seit dem 01. Juli 2011 fehlen viele Freiwillige, die ihren Ersatzdienst bei beispielsweise der Feuerwehr, in Krankenhäusern, beim THW, in einem Wohnheim für Menschen mit Behinderung oder im Umweltschutz ableisteten. Viele dieser Einrichtungen leben von Freiwilligen, die ihnen meist noch Jahrzehnte erhalten bleiben.

Die Grüne Fraktion im Bundestag hat sich gegen den Vorschlag einer allgemeinen Dienstpflicht ausgesprochen. Das Thema ist wie so viele nicht schwarz-weiß und so werden von beiden Seiten viele Argumente in die Diskussion geworfen: Ein grundlegender Aspekt des grünen Gedankens ist die Freiheit. Ein Zwangsdienst würde junge Menschen, die nach ihrem Schulabschluss heutzutage gefühlt unendlich viele Möglichkeiten haben, in ihrer Autonomie der Wahl zu leben einschränken. Er wäre eindeutig ein Eingriff in die Freiheitsrechte junger Menschen.

Bei einem Zwang zum Dienst würde bei vielen natürlich die Eigenmotivation fehlen. Jedoch bietet es auch für viele Jugendliche so die Möglichkeit eine Leidenschaft für einen Beruf oder ein Ehrenamt zu entwickeln und sie bleiben oft ihr gesamtes Leben freiwillig aktiv. Ich selbst mache die Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflegerin und habe vorher einen Bundesfreiwilligendienst an einem Krankenhaus absolviert, durch den ich mich erst schlussendlich zu diesem Beruf entschied. Man lernt das Arbeitsleben kennen und lernt sich auch auf eine andere Weise kennen. Spreche ich mit den Freiwilligen auf Station, so entscheiden sich viele für eine Ausbildung oder ein Studium in diesem Bereich, für den sie sich ohne das freiwillige Jahr nicht entschieden hätten. Selbstverständlich sollte so ein Dienst keineswegs ein Ersatz für qualifizierte Arbeitende sein, was ansonsten zu einer Deprofessionalisierung führen würde. Die jungen Menschen dürfen nicht ausgenutzt werden, um beispielsweise in der Pflege die fehlenden Strukturen zu ersetzen.

Wir können uns (unter idealen Bedingungen) aussuchen in welchem Land wir leben und was wir alltäglich machen. In dieser Fülle der Möglichkeiten wäre ein Dienst eine Möglichkeit sich zu besinnen. Man könnte in einer regionalen Einrichtung seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen und dort beispielsweise in einem Altenheim oder Naturschutzprojekt hilfreiche Arbeit leisten, in dem man möglicherweise noch über den Dienst hinweg engagiert bleibt. So könnten junge Menschen noch lange Zeit in regionalen Strukturen gebunden bleiben.

Aber auch im Ausland wäre ein Dienst möglich. So könnte man, wenn man sich nach dem Schulabschluss ins Ausland sehnt, dies kombinieren und einen Dienst in einem anderen u.a. europäischen Land ableisten. Dadurch würden sich viele junge Menschen mehr mit unserer Heimat Europa befassen und die anderen bisher unbekannten Ecken entdecken. Ein meiner Meinung nach sehr wichtiger Aspekt der Debatte ist, dass es leider nur ein Teil der jungen Menschen in Deutschland ist, denen alle Türen offen stehen. Nämlich meist denen, die finanzielle Unterstützung der Eltern erhalten, und deren Eltern bereits Akademiker sind. Ausbildungen werden in Deutschland häufig im Vergleich zu einem Studium abgewertet. Unterhält man sich als Auszu-

Allgemeine Dienstpflicht.

JUNGE MENSCHEN DURCH ZWANG ZUM EHRENAMT DRÄNGEN?

bildende mit Studierenden, so wird einem das eine oder andere Mal, wenn auch nur unbewusst, das Gefühl vermittelt weniger gebildet oder weniger intelligent zu sein. Spricht man mit Auszubildenden, so berichten viele, sie bekommen oft das Gefühl, dass ein Studium mehr wert ist als eine Ausbildung. Betrachtet man nur das Einstiegsgehalt und die Anerkennung in der Gesellschaft, so wird dieses Bild verstärkt. Ein Dienst könnte dazu beitragen, dass viele Menschen Arbeiten mit einem großen körperlichen Anteil mehr zu schätzen lernen würden und so auch Forderungen nach mehr Lohn, Anerkennung und Systemänderung eher unterstützen würden. Auch der Gleichstellung von Ausbildung und Studium würde der Dienst somit behilflich sein. Insgesamt würde das Verständnis für politische Bitten aus in der Gesellschaft eher negativ angesehenen Berufen wachsen.

Für Studierende, die sich das Studium und die Ausbildung durch Nebenarbeit mitfinanzieren, bietet das freiwillige Jahr die Möglichkeit einen meist durch die Vorerfahrung lukrativen Nebenjob auszuüben. Einigen ist das nach dem Schulabschluss nicht bewusst und würde ihnen möglicherweise finanzielle Sorgen während Ausbildung oder Studium nehmen.

In die Debatte wurde häufig eingeworfen, dass man Geflüchteten so eine bessere Integration ermöglichen könnte. Jedoch gibt es bereits einen Freiwilligendienst mit Fluchtbezug, welchen die Bundesregierung in diesem Jahr auslaufen lässt. Die Zulassungshürden für einen Bundesfreiwilligendienst sind derzeit sehr hoch für Geflüchtete, so dass es sinnvoll wäre, diese Hürden erst zu senken und sie bei einer allgemeinen Dienstpflicht entfallen zu lassen. In Schweden hat die Rot-Grüne Regierung 2018 den Wehrdienst wieder eingeführt, der bei Gewissensgründen verweigert werden kann.

Es gibt viele Argumente, die gegen einen solchen Dienst sprechen, aber auch einige, die unserem gesellschaftlichen und persönlichen Leben von großem Nutzen sein könnten. Sollte dieser eingeführt werden, so darf die Bundeswehr nicht an oberster Stelle der Auswahl stehen, sondern das Arbeiten in kulturellen, ökologischen und sozialen Einrichtungen. Nur unter dem Aspekt Einrichtungen, wie die Bundeswehr und Pflege, vordemographischen Herausforderungen und Personalmangel zu retten einen allgemeinen Dienst einzuführen würde den Sinn verfehlen. Dort müssen von politischer Seite andere Maßnahmen, System- und



Clarissa ist 21 und wohnt in Ulm. Seit 2016 macht sie eine Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflegerin am Uniklinikum Ulm. Sie engagiert sich in diesem Rahmen der der Jugend- und Auszubildendenvertretung und der Gewerkschaft ver.di, um diesen Beruf in Deutschland zukunftsorientiert zu verbessern.

Strukturveränderungen stattfinden. Im Endeffekt sollte man sich die Frage stellen, ob man einen solchen Dienst zum Zwang macht oder ob man nicht einfach den derzeitigen Bundesfreiwilligendienst und die Jugendfreiwilligendienste attraktiver gestaltet und mehr für deren Vorteile wirbt. Denke ich an das Ende meiner eigenen Schulzeit zurück, so wurde dort kaum für einen Freiwilligendienst geworben und bei den meisten kam die Idee dazu aus der eigenen Familie. Würde man sich in Deutschland für einen allgemeinen Dienstpflichtentscheiden, so müsste man mit sehr gut begründeten Argumenten eine Verfassungsänderung einläuten, da Art. 12 Absatz 2 GG ein individuelles Abwehrrecht gegenüber staatlichen Hilfsdiensten behandelt. ¶

Jugend und Parlament 2018

Zwischen dem 23.06 und 26.06.2018 durfte ich den parlamentarischen Alltag in Berlin aus der Sicht eines Abgeordneten erleben, dazu durfte jeder zweite Abgeordnete eine junge Person aus seinem Wahlkreis einladen, meine Abgeordnete war Kerstin Andreae. Das Ziel war es, vier Gesetzesentwürfe zur Abstimmung zu bringen. Diese wurden davor in Landesgruppen, Fraktion und verschiedensten Ausschüssen diskutiert. Identität, Partei und Ausschüsse wurden allen zu Beginn des Planspiels zugewiesen, wobei man bei den Ausschüssen Wünsche äußern konnte. Ich war ab dem Zeitpunkt Max Kreidl, ein 62 Jahre alter ehemaliger Wirtschaftsanwalt in der Bewahrungspartei (BP), der größten und konservativsten Partei im Planspiel. Es ist zwar eines der Ziele, dass man sich andere politische Einstellungen nicht nur anhört, sondern sie auch vertritt, trotzdem hielt sich meine Begeisterung in Grenzen, die nächsten Tage einen CSUler zu spielen. Bevor es allerdings richtig losging, besichtigten wir zuerst den Bundestag, was schon ein erstes Highlight war. Denn da wir haben nicht nur die für alle zugänglichen Räume besichtigt, sondern sind auch in sonst gesperrte Bereiche, wie die Abgeordnetenlobby und natürlich den Plenarsaal gegangen. Dort auf den blauen Stühlen sitzen zu dürfen und dabei zu sein, wenn die Glocke zur Eröffnung der Plenarsitzung läutet, war schon ein ganz besonderes Gefühl, auch wenn wir am ersten Tag noch gar nichts inhaltliches besprochen haben. Danach ging es dann, in meinem Fall, in die Fraktionsräume von CDU und CSU, beide mit eigenem Raum und natürlich eigenem Kreuz. Wobei das Kreuz der CSU überraschenderweise sogar das kleinere war. Am nächsten Tag trafen wir uns in der Fraktion, um unsere Fraktionspitze zu wählen. Unter den fünf Kandidierenden war leider nur eine Kandidatin. Diese wurde dann in der Fragerunde direkt gefragt, ob sie es sich als Frau überhaupt vorstellen kann, eine konservative und männlich geprägte Partei zu führen? Dies war der erste, aber noch lange

nicht der letzte unangebrachte Redebeitrag. Denn nur kurz später fühlte sich wieder jemand aus der Fraktion der Jungen Alternative dazu berufen, in der Fraktionssitzung festzuhalten, dass

„sie eine konservative Bäuerin sei und wir als Partei wieder völkischer auftreten sollten“.

Es fühlte sich ein bisschen so an, als ob wir in den vier Tagen die Entwicklung der letzten Jahre im Schnelldurchgang erlebten. Am meisten haben mich aber nicht die Redebeiträge erschreckt, sondern die Tatsache, dass ein Drittel unserer Fraktion zu solchen Beiträgen wahlweise gejoht oder geklatscht hat und damit Konservatismus glatt mit Nationalismus zu verwechseln schien. Umso schöner war es in den Pausen oder den langen Nächten, andere junge und vor allem linke Leute kennenzulernen. Diese Bekanntschaften und die inhaltliche Arbeit in den Ausschüssen, in denen bestimmte Personen plötzlich auf wundersame Weise verstummt waren, sind sicher der Grund, dass ich diese vier Tage trotzdem als unglaublich spannend und bereichernd in Erinnerung behalten habe. Vor allem haben sie mir gezeigt, dass hinter den Reden im Plenarsaal unglaublich viele andere verborgene Ebenen liegen, die leider viel zu oft nicht gesehen werden. Denn gerade dort war die Politik oft viel lebendiger und kontroverser. Vor allem aber wurde deutlich, dass man zwar fast nie die gleiche Meinung, aber oft das gleiche Ziel hat. Dies hat zumindest in unserem Planspiel öfter als gedacht zu vernünftigen und für alle tragbaren Kompromissen geführt. Alleine das hat mich sehr positiv gestimmt. ¶



Das letzte Jahr über habe ich ein FSJ beim Roten Kreuz als Rettungssanitäter gemacht. Bei der Grünen Jugend und den Grünen bin ich seit 2 Jahren aktiv. Erst als Sprecher der GJ Freiburg und Mitglied im KoBi, inzwischen bei den Freiburger Grünen im Vorstand. In meiner Freizeit bin ich gerne in den Bergen klettern, Bergsteigen, Ski- oder Radfahren

Hanne

Ortsgruppenberichte GRÜNE JUGEND Heidelberg



Kiara Groneweg, seit 2016 bei der GJ aktiv.
Im Jahr 2017 Sprecherin der GJ Heidelberg.

HeidelbergCement, raus aus Kendeng!

Auch während der diesjährigen Hauptversammlung der HeidelbergCement AG am 09.05.2018 veranstaltete die Grüne Jugend Heidelberg zusammen mit anderen (Jugend-)Organisationen und Klimaaktivist*innen eine Demonstration vor dem Kongresszentrum Stadthalle, um ein Zeichen gegen die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, Umwelt- und Klimabelastungen zu setzen. Diese werden von dem weltweit zweitgrößten Zementhersteller verursacht.

Die Herstellung von Zement führt zu einer starken Umweltbelastung: Neben der Zerstörung von Ökosystemen und Wasserkreisläufen bei der Gewinnung des Kalkgesteins kommt es zu einem hohen Energieverbrauch, zur Freisetzung von Staub, von Stick- und Schwefeloxiden und Tonnen CO₂ – die Zementproduktion ist für 6–9% der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich.

Der Baustoffkonzern HeidelbergCement ist mit 3.000 Standorten in 60 Ländern vertreten und fördert durch 139 Zementwerke ca. 125 Tonnen Zement pro Jahr, sowie weitere Zuschlagstoffe wie Sand, Kies, Beton- und Kalkprodukte. Durch die Externalisierung der Produktion, die Ausrichtung auf Wettbewerb, wirtschaftliches Wachstum und Profit scheint der Konzern jegliche moralischen Standards vergessen zu haben, OECD-Leitsätze und UN-Richtlinien zu missachten und einigen Bevölkerungsgruppen ihre Existenzgrundlage zu entziehen oder zu innerstaatlichen Konflikten beizutragen. So im Westjordanland, in der Westsahara und in Zentraljava in Indonesien.

Schon im Mai 2017 hatte die Grüne Jugend Heidelberg mit anderen Verbänden wie Rettet-den-Regenwald, Watch Indonesia, Pax Christi, Diem25, Linksjugend Solid und Die Linke.SDS gegen die Handlungen der HeidelbergCement AG in Zentraljava demonstriert. Ausgangspunkt war eine Veranstaltungsreihe durch Deutschland, die Watch Indonesia zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung, der Südostasien Informationsstelle und Rettet-den-Regenwald organisiert hatte, um auf den Protest gegen die Zementfabrik aufmerksam zu machen. In dem Rahmen wurde die Dokumentation „Samin vs. Samen“ gezeigt, die die Problematik in Zentraljava schildert: Die Firma Indocement, die im Mehrheitsbesitz von HeidelbergCement ist, plant am

Kendeng-Gebirge, einer Karstlandschaft in Zentraljava, den Bau eines Zementwerks, welches sich in negativer Weise massiv auf den sensiblen Wasserkreislauf der Region auswirken würde. Die in der Karstregion gesiedelte indigene Bevölkerung der Samin lebt nahezu ausschließlich von Landwirtschaft und ist auf die Wasserversorgung angewiesen, um ihre Felder bewirtschaften zu können. Das Karstgebirge mit seinem komplexen Ökosystem beherbergt unterirdische Flüsse, Höhlen und Quellen. Doch sobald nun die Gesteinsschichten durch die Zementproduktion abgetragen werden, versiegt das Wasser und den Samin wird sprichwörtlich der Boden unter den Füßen weggezogen. Das Land verdorrt, es kann weder bewirtschaftet, noch verkauft werden.

Während der Planungsphase des Vorhabens wurden die Bürger*innen in Zentraljava weder ausreichend informiert, noch wurden ihre Meinungen in den Diskurs miteingebunden. Äußerst fragwürdig ist zudem, dass einem Gebiet im Landkreis Pati, das zuvor gesetzlich geschützt war, während des Fabrikplanungsverfahrens dieser gesetzliche Schutz entzogen wurde und damit der Weg für den Bergbau frei gegeben wurde. Darüber hinaus hat der zuständige Landrat dem Tochterunternehmen von HeidelbergCement eine Baufläche zugesagt, ohne dass die Anwohner*innen vorher ihre Einwilligung zum Verkauf von Land gegeben haben. HeidelbergCement wehrt das Anliegen der indonesischen Bäuer*innen und Umweltaktivisten mit der Behauptung ab, dass der Bau sich Umweltstandards beugen und die Wasserversorgung nicht beeinträchtigt würde oder dass die lokale Bevölkerung gar davon profitieren könne, indem sie beispielsweise zuvor ihre Fläche verkaufen und umsiedeln würde.

Für die Grüne Jugend Heidelberg ist dieses Beispiel kennzeichnend für einen Konflikt zwischen den Interessen profitorientierter internationaler Unternehmen des Globalen Nordens und denen einer indigenen Bevölkerung. Mal wieder wird denjenigen eine kapitalistische Lebensweise aufgedrängt, die von der Entscheidung ausgeschlossen werden und die als Priorität den Schutz von Umwelt und Klima in den Vordergrund stellen. Dabei ist es wichtig, sich mit den Betroffenen zu solidarisieren und vor Ort in Heidelberg ein Zeichen gegen den „Klimakiller“ HeidelbergCement zu setzen, um darauf hinzuweisen, welche überregionalen, gar globalen Folgen die Handlungen deutscher Unternehmen herbeiführen. ¶



GRÜNE JUGEND Mannheim

Am Paradeplatz in Mannheim sind wir durch unsere bunte Aktion Passant*innen aufgefallen.

Wir wollen Euch von unserer Aktion gegen das Bienensterben berichten und euch damit Anregungen für eigene Aktionen mitgeben. Das Bienensterben ist eines der wichtigsten Themen, denn die Bienen stellen einen zentralen Teil unseres Ökosystems dar, da sie für einen großen Teil der Bestäubungen in Natur und Landwirtschaft verantwortlich sind. Der Einsatz von Pestiziden gefährdet die Bienen und führt seit einiger Zeit zu einem Anstieg des Bienensterbens. Darauf wollten wir mit unserer Aktion aufmerksam machen.

Zusammen mit der linksjugend [solid] haben wir einen Info-Stand am Paradeplatz im Mannheimer Zentrum organisiert, um über das Thema Bienensterben aufzuklären. Unser Ziel war es, mit Passant*innen auf der Straße ins Gespräch zu kommen. Als Datum haben wir uns dabei den Weltbienentag der UN am 20. Mai ausgesucht. Dabei hatten wir zwei besondere Eye-Catcher: Mit Spühkreide sprühten wir Bienen auf den Gehweg und verkleideten uns mit selbstgebastelten Bienenkostümen. Für die gesprühten Bienen haben wir eine Schablone genutzt, welche wir im Vorfeld angefertigt hatten. Dies ist auch relativ einfach zu bewerkstelligen, man muss sich lediglich Gedanken machen, was das Gesprayte darstellen soll. Das muss man dann nur noch auf ein Stück Pappe zeichnen und ausschneiden. Vor Ort haben wir dann einfach mit der Schablone und Sprühkreide die Bienen überall um unseren Stand auf dem Boden und vereinzelte an Laternenmasten und Schildern verteilt. Hier muss man keine Sorge haben, die Sprühkreide geht bei Regen weg, sodass man diese nach einer Weile nicht mehr bemerkt. Lediglich auf geschützten Stellen, beispielsweise senkrechten Flächen (z. B. Stromkästen), halten die Bienen quasi für immer. Wenn ihr mal in Mannheim am Paradeplatz seid, könnt ihr ja schauen, ob noch

die eine oder andere Biene zu sehen ist. Zudem waren einige Leute mit Bienenkostümen unterwegs. Die Kostüme wurden aus schwarzen T-Shirts angefertigt, die mit gelbem Klebeband in ein Bienenmuster verwandelt wurden. Antennen aus Pfeifenreinigern machten das Kostüm komplett. Um den Leuten auch noch ein paar Informationen mit auf den Weg zu geben, haben wir einen Flyer erstellt, auf dem wir einige Informationen zusammengestellt haben. Zudem hatten wir noch Samentüten der Grünen dabei, damit man die Passant*innen auch motivieren kann, selbst etwas für die Bienen zu machen.

Durch diese beiden Eye-Catcher haben wir eine tolle Aktion durchgeführt und dabei die Menschen auf das wichtige Thema Bienensterben aufmerksam gemacht. Wenn ihr Fragen haben solltet, meldet euch einfach bei uns, dann helfen wir gerne, damit ihr eure eigene Aktion auf die Beine stellen könnt. ☺



Marcel

Marcel, 21 Jahre alt, ist seit knapp drei Jahren bei der GJ Mannheim. Hier war er als Sprecher und Schatzmeister aktiv, zudem sitzt er aktuell im Landesschiedsgericht der GJBW.



GRÜNE JUGEND Konstanz

Der Mai 2018 war der wärmste Mai in Deutschland seit 1889. Er ist nur der letzte Eintrag auf einer langen Liste rekordbrechender Temperaturen. Angesichts dieser enormen Herausforderung haben wir als Grüne Jugend Konstanz alle Interessierten am 5. Juli zu einer Vorführung des Films „Immer noch eine unbequeme Wahrheit“ mit anschließender Diskussion eingeladen. Der ehemalige Vizepräsident der USA Al Gore engagiert sich schon seit Jahren im Umweltschutz. 11 Jahre nach „Eine unbequeme Wahrheit“, dem ersten Dokumentarfilm über Al Gores Arbeit, wurde 2017 die Fortsetzung veröffentlicht. In „Immer noch eine unbequeme Wahrheit – Unsere Zeit läuft“ geht es darum, was sich seit dem ersten Film in der Klimapolitik verändert hat. Die Rolle des Pariser Klimaabkommens, in dem sich alle Länder der Welt zu aktivem Klimaschutz und einer Begrenzung der globalen Erwärmung deutlich unter 2 °C gegenüber der Zeit vor der Industrialisierung bekennen, wird als Meilenstein im Klimaschutz hervorgehoben. In den letzten Jahren sind aber immer mehr Stimmen aufgekommen, die den Klimawandel leugnen und Klimaschutz für sinnlos halten. Mit dem US-Präsidenten Trump, der zu Beginn 2020 aus dem Klimaschutzabkommen austreten möchte, hat diese Gruppe einen bekannten und mächtigen Vertreter. Da die Folgen des Klimawandels bereits jetzt drastisch und überall in der Welt zu erkennen sind, ist es wichtig, über das Thema zu sprechen und Maßnahmen zu ergreifen.

Zu unserem Filmabend kamen unter der Woche über 70 Gäste, was uns sehr gefreut hat. Bei der anschließenden Diskussion ging es nicht nur um lokale Perspektiven auf den Klimaschutz, sondern auch darum, was jede*r von uns machen kann, um den Klimawandel zu bekämpfen. Hierzu gehört sicherlich, sich saisonal zu ernähren und einen Kalender zu entwickeln, welche Obst- und Gemüsesorten man wann regional bekommt. An der von unserem Mitglied John Caffier moderierten Diskussion nahmen einige unserer Mitglieder, der Konstanzer Klimaaktivist Karl-Ulrich Schaible und Menschen aus dem Publikum, die etwas kommentieren, eine Frage stellen oder einen neuen Input geben wollten, teil. Wir freuen uns sehr darüber, dass es so viele aktive Gruppen und Initiativen im Klima- und Umweltschutz in Konstanz gibt, von denen einige Mitglieder bei unserem Filmabend anwesend waren. Es gibt bereits die Gruppen „Foodsharing Konstanz“ und „Essbares Konstanz“, den neuen

Jakob Mangos (21), ist seit 2015 bei der Grünen Jugend, studiert Wirtschaftswissenschaften in Konstanz und beginnt gerade sein Erasmusjahr in Cardiff in Wales.



Jakob

„Wir gehen gemeinsam in eine neue Welt hinein“

Aufgaben des Staates sei, die Wohlfahrt seiner Bevölkerung zu sichern. Vom schwedischen Blickwinkel aus gesehen ist deutsche Politik viel anarchistischer. Nicht anarchistisch in dem Sinne, in dem das Wort heute am meisten verwendet wird, aber in dem Sinne einer Infragestellung von Macht, Rechten und Freiheiten – im Sinne von Gesellschaftskritik. Die Erwartungen – und gleichzeitig das Vertrauen – in die Individuen ist höher, ebenso die Akzeptanz dafür, dass manche durch das Gitter fallen. Die Systemkritik kommt in jedem Bereich der Gesellschaft vor: Von Mangel an Systemen für Lagerung von Patientendaten zur Direktwahl der Vorstandspositionen der Lokalverbände der Grünen Jugend und deren individuelle Verantwortlichkeit zu der Mitgliederversammlung.

Kein Vertrauen ist
„dem System“ zugeteilt,
Verantwortlichkeit ist
individuell erforderlich.

Die Vorteile der Systemkritik sind offenbar: deren größere Gesellschaftszugewandtheit und die direkte Kritik an den Mechanismen des ökonomischen Systems. Das Ziel der systemkritischen Politik ist, die Normen, die die Gesellschaft prägen und formen, zu verändern. Mit dem Vertrauen in das System wird schwedische Politik mehr daran eingerichtet, das System zu bewegen, mit der Hoffnung dadurch eine Einwirkung auf Normen zu haben. Und versteht mich nicht falsch: Zum größten Teil ist das auch sehr erfolgreich gewesen. Veränderungen im System sind oft die stärksten und vielleicht einzigen Weisen, auf die man die Werte der Gesellschaft auf langer Sicht überhaupt verändern kann. Wenn man mich fragt, sind bewusste und strategische Systemveränderungen genau die Ursache, warum Schweden heute zu den progressivsten Gesellschaften der Welt gehört. Das Vertrauen in das System bedeutet aber auch, dass das politische Gespräch manchmal eingeschränkt werden kann, wenn alles um Gesetze oder Budgets geht. Das klassische Klischee, dass schwedische Politik vor allem darum geht, das System zu verändern, stimmt. Was Leute draußen eigentlich tun, ist von weniger politischer Bedeutung. Das bedeutet auch, dass das politische Gespräch ein wenig eingeschränkt wirken kann, dass Austausch mit den normalen Leuten plötzlich von weniger Gewicht sei und dass weniger Leute sich mit politischen Fragestel-

lungen im Alltag beschäftigen. Eine systemkritischere Politik ist ein ideologisch bewusster Kampf für Normveränderungen. Für den Teilnehmenden ist es viel befriedigender – ob es effektiver ist, bleibt fraglich. Was mir an deutscher Politik so sehr gefällt, ist deren tieferer ideologischer Grund, der diese Kritik verlangt. Im Nachhinein hat mich unser Gespräch über Utopien und deren Rollen in der Entwicklung der Politik tief berührt. Wir gehen gemeinsam in eine neue Welt hinein. Wenn wir wollen, dass auch die planetaren Ökosysteme, die Freiheit der Menschen und die soziale Gerechtigkeit überleben sollen, müssen wir uns mit diesen Fragen beschäftigen und wagen, über Utopien zu träumen. Weder leben noch stimmen Menschen schlussendlich für Sachpolitik, es sind die Träume, welche sie begeistern. Das Erasmusprogramm ist bewusst so ausgestattet, dass es uns quer über die Grenzen verbinden soll – ein Teil des europäischen Integrationsprojekts. Und genau so kann es ein Teil von der grünen Zukunft sein, in der wir Träume einer gemeinsameren Welt teilen, genauso wie wir uns über praktische Erfahrungen und Lösungen über die Grenzen austauschen sollen. Vier Monate in einem anderen Land ist viel zu wenig um deren Politik in einem Text beschreiben zu können. Im besten Fall ist es aber genug um einen zu lehren, wieviel wir uns einander ähneln und wie viel wir voneinander lernen können. Deshalb empfehle ich jeder*in, der oder die ins Ausland zieht, auch da Politik zu machen. Nicht nur kann man wunderbare Leute kennenlernen, man lernt unbedingt auch seinen eigenen Vorstellungen über Politik – was sie ist, oder was sie sein könnte – besser kennen. ¶



Karl studiert Medizin in Schweden und ist in der Grünen Jugend Göteborg aktiv. Im Sommer 2018 hat er in Freiburg sein Erasmussemester verbracht.

Eines der besten Dinge eines politischen Engagements ist, wie man unterwegs fast immer gute Freunde findet. Nur Wochen nachdem ich nach Deutschland gezogen bin, war ich auf meiner ersten Sitzung der Grünen Jugend Freiburg dabei. Insbesondere erinnere ich mich an einen Abend, als sich einige von uns getroffen hatten, um den Begriff „Utopie“ zu besprechen. Für mich war es dieser Abend, an dem ich ein Aha-Erlebnis hatte. Natürlich haben mich viele Leute nach den Unterschieden zwischen deutscher und schwedischer Politik gefragt. Auch wenn ich dafür eine Art von Bauchgefühl hatte, konnte ich nicht so spezifisch wie gewünscht antworten. Abgesehen von den großen Ähnlichkeiten gibt es auch tiefgehenden Spal-

tungen. Grob beschrieben kann schwedische Politik mit einer klassischen Aussage charakterisiert werden:

„In Sweden we
have a system.“

Das ist natürlich ein Klischee, aber ein Klischee, an dem auch etwas dran ist. Es herrscht in der schwedischen Politik ein Konsens über die äußersten Rahmen des Wohlfahrtsstaats und deren Legitimität. Die Sicherung der Freiheiten ist für die Mehrheit der Bevölkerung selbstverständlich – eine der grundlegendsten

Landesmitglieder- versammlung

Ein bunter Haufen junger, engagierter Leute traf sich vom 11.-13.5.2018 in der Europäischen Schule Karlsruhe, um zu diskutieren, spannende Eindrücke aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu bekommen, sich auszutauschen und nebenbei eine Menge Spaß zu haben. Es gab ein sehr abwechslungsreiches Programm, das mit einer Exkursion in das House of Living Labs des Forschungszentrums Informatik begann. Leider konnte ich nicht dabei sein, denn ich hatte an diesem Tag bis 12:40 Uhr Schule.

Der Abend begann mit einem sehr emotionalen Abschnitt, den Verabschiedungen für all diejenigen, die die Bioklippe erreicht hatten. Jeweils durch einen engen GJ-Freund verabschiedet und mit einem kleinen Geschenk beglückt, bedankten sich alle, die nun die GJBW verlassen müssen, für ihre schöne Zeit in der Gemeinschaft, aus der sie viel mitgenommen haben.

Mein erstes Antragsteller*innentreffen folgte und ich musste feststellen, dass es doch recht geordnet und dennoch diskussionsreich zuging. So gut wie jeder hatte ein Tablet oder Laptop dabei, um direkt die neusten Änderungsanträge und deren Stand mitverfolgen zu können. Das hat doch einen sehr professionellen Eindruck bei mir hinterlassen. Mit Lagerfeuer, Stockbrot und Musik klang der erste Abend aus und früher oder später landeten, so glaube ich, alle in der Sporthalle, um ein kurzes Schläfchen zu halten.

Tag zwei startete mit drei unterschiedlichen Workshops aus dem Themenfeld Digitalisierung. Nummer eins befasste sich mit digitaler Ethik, der zweite, mit dem Namen „Love your Body“, zeigte die Zusammenhänge zwischen Social Media und Body-Positivity auf. Zudem stand zur Wahl, sich über die strukturellen Neuerungen durch die Datenschutz-Grundverordnung informieren zu lassen. Auf dieses letzte Angebot fiel, kurz bevor die Workshops losgingen, meine Wahl, ohne eine wirkliche Vorstellung, was mich erwarten würde. Im Nachhinein bin ich sehr zufrieden mit dem Angebot gewesen, denn so bekam ich eine grundlegende Vorstellung zur DSGVO, was in der aktuellen Zeit sehr sinnvoll ist. Nach dem Mittagessen, welches sehr abwechslungsreich,

schmackhaft und natürlich vegan war, und einer Ansprache von Jamila Schäfer folgte die eigentliche Mitgliederversammlung. Grußworte und die aktuelle Aussprache leiteten die Versammlung ein. Weiter ging es mit der finanziellen Lage und einer Rechnung von Lea Elsemüller, ob man die Mitgliedsbeiträge senken könnte, um mehr Leuten den Einstieg in die GJBW zu ermöglichen und die Beiträge an die anderen Landesverbände anzugleichen.

Die mit Spannung erwarteten Wahlen folgten. Gewählt wurden 5 Beisitzer*innen des Landesvorstands und aus den Reihen des neugewählten Landesvorstands (LaVo) wurde Anika Kienle zur frauen- und genderpolitischen Sprecherin ernannt. Insgesamt gab es sowohl auf die offenen als auch auf die FIT*-Plätze des LaVos einen immerhin so großen Andrang, dass eine echte Wahl mit mehr Kandidaten als Plätzen zustande kam.

Drei weitere Wahlen folgten, die des Landesschiedsgerichts, der Landesrechnungsprüfer*innen und der FYEG- Kennenlerner*innen. Die neu gewählten LaVomitglieder sind doch sehr unterschiedlich, aber ich bin mir sicher, dass alle gemeinsam die GJBW weiterbringen und zusammen mit allen Mitgliedern zu dem machen werden, was die GJBW für jeden Einzelnen ausmacht.

Das Abendprogramm bestand aus einem Vortrag zum Thema Smart Cities und anschließender Diskussion mit Fabian Kehnle aus dem Living Lab Ludwigsburg. Unter anderem wurde kritisch über die Idee diskutiert, Schüler*innen und Autos mit Sensoren auszustatten, so dass alle Verkehrsteilnehmer*innen kurz vor einem Zusammenstoß auf der Straße durch ein Warnsignal auf die Gefahr hingewiesen werden würden.

Von der LMV-Party am späten Abend, welche ich selbst nicht besucht habe, habe ich aus Erzählungen unter anderem gehört, dass die live Band aus Südafrika sehr gut war, aber nicht den Geschmack von jedem traf.

Der Sonntag startete mit den Anträgen, der Punkt der LMV, auf den ich mich mit am meisten gefreut hatte. Der Leitantrag zu Digitalisierung ist sehr umfassend und zeigt meiner Meinung nach auch gut die Gefahren auf, wenn man sich unüberlegt der Digitalisierung hingibt und die stärker technisierte Gesellschaft als durchweg positiv ansieht.

Im Bereich satzungsändernde Anträge gab es einen Antrag, welcher die Zitro-Redaktion von vier auf sechs Mitglieder erhöhen möchte, um in Zukunft auch stärker mit der Zitro im Internet präsent sein zu können.

Die weiteren inhaltlichen Anträge waren sehr abwechslungsreich, aber bevor die erste Antragseinbringung startete, gab es einen GO-Antrag mit dem Ziel, jeden behandelten Antrag um zwei Redebeiträge zu erweitern. Das bedeutet, dass nach der Antragseinbringung und einer möglichen Gegenrede zwei weitere Redner unabhängig ihrer Zustimmung oder Ablehnung zum betreffenden Antrag ihre Stellung dazu abgeben dürfen. Diesen GO-Antrag fand ich persönlich sehr gut, weil es so eine ausgeweitete Behandlung der Themen gab und nochmals verstärkt der Fokus auf die inhaltliche Debatte gelenkt wurde. So wurde diskutiert, ob die Amtszeit von Landtagsabgeordneten auf drei Amtszeiten begrenzt werden soll, wie die GJBW sich mit Terroropfern solidarisiert, ob man Recyclingpapier an Schulen im Land voranbringen kann und zu guter Letzt, wie die GJBW die Arbeit der aktuellen Landesregierung in der ersten Hälfte der Amtszeit bewertet.

Und dann war die LMV schon wieder vorbei. Ich würde sie als durchweg geglückt bewerten und werde sicherlich bald wieder zu einer kommen. ¶



Hallo, ich heiße Nele Willfurth, bin 17 Jahre alt und wohne in einer kleinen Gemeinde im Nordschwarzwald. Besonders interessiert mich die Umweltpolitik, aber auch die Kommunalpolitik finde ich total spannend.



Zeitraffer.

MÄRZ

- 1. Frühjahrsempfang
Stuttgart
- 6. Politischer Aschermittwoch
Biberach
- 15. – 17. Sitzung der BAG Frieden
Berlin
- 22. – 24. Sitzung der BAG Mobilität & Verkehr
Berlin

APRIL

- 05. – 07. Sitzung der BAG Christ*innen
Berlin
- 05. – 07. Sitzung der BAG Säkulare Grüne
Berlin
- 05. – 07. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND
Leipzig

APRIL

- 06. Neumitgliederempfang
Stuttgart

MAI

- 03. – 05. Sitzung der BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit, Berlin
- 03. – 05. Bundesfrauenrat und Sitzung der BAG Frauenpolitik
- 17. – 19. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Ba-Wü
Ulm

JUNI

- 21. – 22. Sitzung der BAG Bildung
Hofgeismar

JULI

- 26. Regenbogenempfang
Stuttgart

AUGUST

- 16. – 19. Grundsatzakademie der Bundesarbeitsgemeinschaften
Wehrbellin See bei Eberswalde

SEPTEMBER

- 13. – 15. Sitzung der BAG Frieden
Berlin
- 21. – 22. Landesdelegiertenkonferenz
Grüne BW Sindelfingen
- 27. – 29. Bundesfrauenrat

OKTOBER

- 18. – 20. Sitzung der BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Berlin
- 19. Neumitgliederempfang
Stuttgart

NOVEMBER

- 01. – 03. Sitzung der BAG Mobilität & Verkehr
Kassel
- 08. – 09. Sitzung der BAG Bildung
Düsseldorf

HERAUSGEBER*IN

**GRÜNE
JUGEND**
Baden-Württemberg

Grüne Jugend Baden-Württemberg
Königstr. 78
70176 Stuttgart

VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS

Julian Dietzschold
Grüne Jugend Baden-Württemberg
Königstr. 78
70176 Stuttgart

LAYOUT

Elias Keilhauer

LEKTORAT

Bettina Chlond

FOTOS

Diese ZITRO-Ausgabe steht, sofern nicht im Einzelfall abweichend gekennzeichnet, unter der Creative Commons-Lizenz „Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung“ [1] (CC BY-NC-ND). Das bedeutet, dass du das Werk bzw. den Inhalt unter den nachfolgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen darfst: Namensnennung — Du musst den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Keine kommerzielle Nutzung — Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung — Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.



DRUCK

Nachdruck, auch nur auszugsweise nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Leserbriefe und unaufgefordert eingesandte Artikel sind wir dankbar, übernehmen aber keine Verantwortung. Die Redaktion behält sich Abdruck und sinngemäße Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der*des Verfasser*in wieder.



jung.
grün.
stachelig.